

DER DIGITALE WANDEL

Q1 2014

Magazin für Internet und Gesellschaft



Verschenkt meine Filme!

Ein Vorschlag des Filmemachers Fred Breinersdorfer zum fairen Vertrieb von Filmen und Serien

Lieber Sascha, wir müssen reden ...

und weitere Repliken zu Sascha Lobos „Digitaler Kränkung des Menschen“

Ein abschreckender Gedanke:

Nationalgrenzen im Internet provozieren

／ DAS INTERNET – ZU PAPIER GEBRACHT

Liebe Leser,

Dieses Magazin will Überblick schaffen. Sie finden in dieser Pilotausgabe eine Auswahl herausragender Beiträge der Debatte um Internet und Gesellschaft des vergangenen Quartals.

Noch sind wir uns nicht im Klaren, ob es eine digitale Öffentlichkeit gibt und falls ja, wie sich diese weiter entwickelt. Der Umgang mit dem digitalen Wandel ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie betrifft die Informationsfreiheit der Menschen, wirtschaftliche Chancen, verschiedene Bildungsherausforderungen, die Technik und Regelung des Internet selbst genauso wie aktuelle Sicherheitsfragen.

Bei dieser Aufgabe soll das Magazin, das Sie hier in den Händen halten, eine kleine Hilfe und Plattform für essentielle Debattenbeiträge sein. Wir freuen uns, besonders interessante Kommentare und Analysen, vielfältige Stellungnahmen oder wissenswerte Ideen – teilweise erstmalig – abzudrucken.

In einem Arbeitsansatz, welcher der Philosophie des Rapid-Prototyping folgt, haben wir diese erste Ausgabe produziert. Diskutieren Sie mit, ergreifen Sie Wort. Wir freuen uns auf Resonanz: Zum Format, zu den Inhalten, zum Diskurs um Internet und Gesellschaft.

Diese Ausgabe schließt mit einem „Call for Papers“ und der Aufforderung, unsere Redaktion laufend auf wichtige Debattenbeiträge, Diskussionen und Analysen des jeweiligen Quartals hinzuweisen. Nehmen Sie diese Gelegenheit wahr.

Als Resonanz auf dieses Pilotprojekt freuen wir uns besonders über interessierte Partner, Miterausgeber und Verbreitungsideen. „Der Digitale Wandel“ wird Sie in genau drei Monaten noch einmal erreichen. Wir wollen das Magazin bis dahin auf Basis Ihres Feedbacks und Gesprächen mit Autoren und themennahen Institutionen verbessert und nachhaltig etabliert haben.

Wir freuen uns von Ihnen zu hören und wünschen viel Spaß beim Lesen.

Die Herausgeber

/ INHALT

Editorial.....	3
----------------	---

INTERNET GOVERNANCE

Was ist das EuroDIG?.....	5
<i>Wolfgang Kleinwächter</i>	

Eine Visualisierung des Spielfeldes.....	6
<i>Deborah Braun, Lea Kaspar & Joana Varon</i>	

Interview mit Dirk Brengelmann: Die Fragmentierung des Netzes ist eine der großen Gefahren.....	10
<i>Matthias Spielkamp & Philipp Otto</i>	

Ein bisschen Netzneutralität – Wie muss wirksamer Verbraucherschutz im Internet aussehen.....	13
<i>Jan Theodor Wiesner und Jürgen Burggraf</i>	

Nationalgrenzen im Internet provozieren? Ein abschreckender Gedanke.....	15
<i>Leslie Daigle</i>	

Netz und Nationalstaat.....	17
<i>Jan Mönikes & Sebastian Haselbeck</i>	

URHEBERRECHT

Verschenkt meine Filme!.....	20
<i>Fred Breinersdorfer</i>	

Grundeinkommen statt Urheberrecht?.....	22
<i>Ilja Braun</i>	

KULTURELLES ERBE

Berliner Appell.....	24
<i>Experten der 8. Initiative des Collaboratory e.V.</i>	

DEBATTE ZU LOBOS „DIGITALER KRÄNKUNG DES MENSCHEN“

Replik 1: Ist das Internet wirklich kaputt?.....	27
<i>Thomas Stadler</i>	

Replik 2: Lebenslüge Internet.....	28
<i>Enno Park</i>	

Replik 3: Lieber Sascha, wir müssen reden.....	30
<i>Michael Seemann</i>	

DEBATTE ZU ENZENSBERGER „WEHRT EUCH!“

Replik 1: Enzensberger und die Weltrevolution.....	33
<i>Don Dahlmann</i>	

Replik 2: Das offenbare Geheimnis der elektronischen Medien ist ihre mobilisierende Kraft.....	34
<i>Till Westermayer</i>	

Replik 3: Enzensberger und Schirmmacher wider die selbstbestimmte Medienkompetenz.....	37
<i>Patrick Breitenbach</i>	

PRIVATHEIT UND ÖFFENTLICHKEIT

Wandel der Öffentlichkeit – Phänomene des digitalen Wandels.....	38
<i>Arbeitsgruppe „Privatheit und Öffentlichkeit“ des Collaboratory e.V.</i>	

Ein Bericht aus Brüssel: Datenschutz Grundverordnung auf der CPDP.....	42
<i>Gordon Süß</i>	

Happy Birthday WWW.....	43
<i>Tobias Schwarz</i>	

Der Digitale Wandel ist ein Pilotprojekt des Collaboratory.....	44
--	----

Call to Action – Call for Papers.....	45
---------------------------------------	----

Impressum.....	46
----------------	----

Wolfgang Kleinwächter ist im IGF (Internet Governance Forum), ICANN, und des WSIS (World Summit on the Information Society) aktiv. Vom ehemaligen UN Generalsekretär Kofi Annan wurde er zum Berater für die UN Working Group on Internet Governance (WGIG) ernannt. Darüber hinaus ist er Mitbegründer der European Dialogue on Internet Governance (EuroDIG), einem UN mandatierten Forum auf europäischer Ebene zu Internet-politischen Themen.

／ WAS IST DAS EURODIG?

„EuroDIG ist das europäische Internet Governance Forum (IGF). Es ist eine einzigartige Plattform zur Entwicklung einer vielschichtigen Internet Politik, auf der alle sogenannten „Stakeholder“ - Regierungen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und technische Community - auf gleicher Augenhöhe miteinander diskutieren, wie die immer komplexer werdende Internet Welt zukünftig gemanagt werden soll. Das 7. EuroDIG, das im Juni 2014 in Berlin stattfindet, kann ein Signal setzen für ein offenes und freies Internet in einer Zeit, wo mehr und mehr Regierungen versuchen, das Netz zu kontrollieren.“

– Wolfgang Kleinwächter



INTERNET GOVERNANCE

EINE VISUALISIERUNG DES SPIELFELDS

Internet Governance ist bereits eine dringende globale Angelegenheit und auch zunehmend in internationalen Debatten, die in verschiedenen Foren stattfinden, von Interesse. Diese Visualisierung zeigt, wo grundlegende Diskussionen um internationale Internet Governance stattfinden und soll Anreiz für Bemühungen von zivilgesellschaftlichen Interessensgruppen sein. Deswegen werden hier (1) jene Foren identifiziert, in denen in den nächsten Jahren zu Internet Governance diskutiert und entschieden wird und (2) Zugänge aufgezeigt, die es der Zivilgesellschaft ermöglichen, an den Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Das Spielfeld ist in mehrere Prozesse aufgeteilt, diese fallen unter: die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA), die Internationale Fernmeldeunion (ITU), den Review des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS), das Internet Governance Forum (IGF), sowie jene Verhandlungen, die mit Regulierung der Ressourcen des Internet zusammenhängen. Die zentralen Veranstaltungen zu diesen Prozessen drehen sich um zwei bestimmte Foren: das ITU Plenipotentiary im Jahr 2014, sowie den WSIS +10 Review im Jahr 2015. Diese dienen als Anker und setzen den Rahmen für diese Darstellung.

U.N. Prozesse (GA/ECOSOC/CSTD)

Staatsgeführte internationale Regierungs-Institutionen, die unter dem Mandat der Vereinten Nationen stehen, haben nur wenig mit der frühen Regierung des Internet zu tun. Das stand nämlich eher unter dem Motto: „Das Internet am Laufen halten“. Trotzdem wurden bald aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen für das Medium, Internetregulierung und Netzpolitik auf die Agenda gesetzt.

Vor allem innerhalb der Vereinten Nationen ist Internet Governance innerhalb des CSTD (Commission on Science and Technology for Development) angesiedelt, einer Unterorganisation des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC). Diese wiederum nimmt eine Führungsrolle im WSIS+10 Review-Prozess ein. Nachdem die Arbeitsgruppe zur Verbesserung des IGF 2012 abgeschlossen war, hat das CSTD das Mandat erhalten, eine Multistakeholder Arbeitsgruppe zur Erweiterten Kooperation (WGEC) zu gründen. Die Working Group on Enhanced Cooperation (WGEC) soll künftig zur Identifizierung eines Modells für globale Internet Governance zuständig sein. In der UN-Generalversammlung finden im 1. Komitee (Cybersecurity), im 2. Komitee (WSIS Ergebnisse und Implementierung) und im 3. Komitee (Menschenrechte und Meinungsfreiheit) Diskussionen statt, die einen Einfluss auf Internet Governance haben können.

World Summit on the Information Society (WSIS) review process

Die Rahmenvereinbarungen des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS), die in der Tunis Agenda und dem Genfer Aktionsplan stehen, haben erklärt, dass alle Stakeholder bei Fragestellungen zu Informations- und Kommunikationstechnik und dem Internet, sowie bei der Gründung des Internet Governance Forum (IGF) wichtig sind. Im Jahr 2015 wird es relevanten UN-Behörden und anderen Stakeholdern möglich sein, den WSIS Prozess zu prüfen und eine Mission für die voranschreitende Informationsgesellschaft zu definieren. Abhängig von den Ergebnissen der Diskussionen der zentralen UN-Prozesse (CSTD/ECOSOC/UNGA in 2013 und 2014), besteht 2015 die Möglichkeit eines allumfassenden Gipfeltreffens mit WSIS-Bezug. Hier schlägt Russland mit Sotschi bereits einen möglichen Austragungsort vor. Unabhängig vom Ausgang dieses Treffens ist eine Prüfung bereits in Arbeit. Ein Review der Umsetzung der Ergebnisse des WSIS, sowie eine vorausschauende Stellungnahme für die Zukunft des WSIS werden momentan von der Multi-Stakeholder Preparatory Platform (MPP), die von der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) gesponsert wird, erstellt.

Diese Grafik visualisiert den Internet Governance Prozess und wurde von Deborah Brown (Access), Lea Kaspar (Global Partners Digital) und Joana Varon (Center for Technology and Society, Stiftung Getulio Vargas) entwickelt. Ins Deutsche übersetzt von Janina Gera (Internet und Gesellschaft Collaboratory).

International Telecommunication Union (ITU)

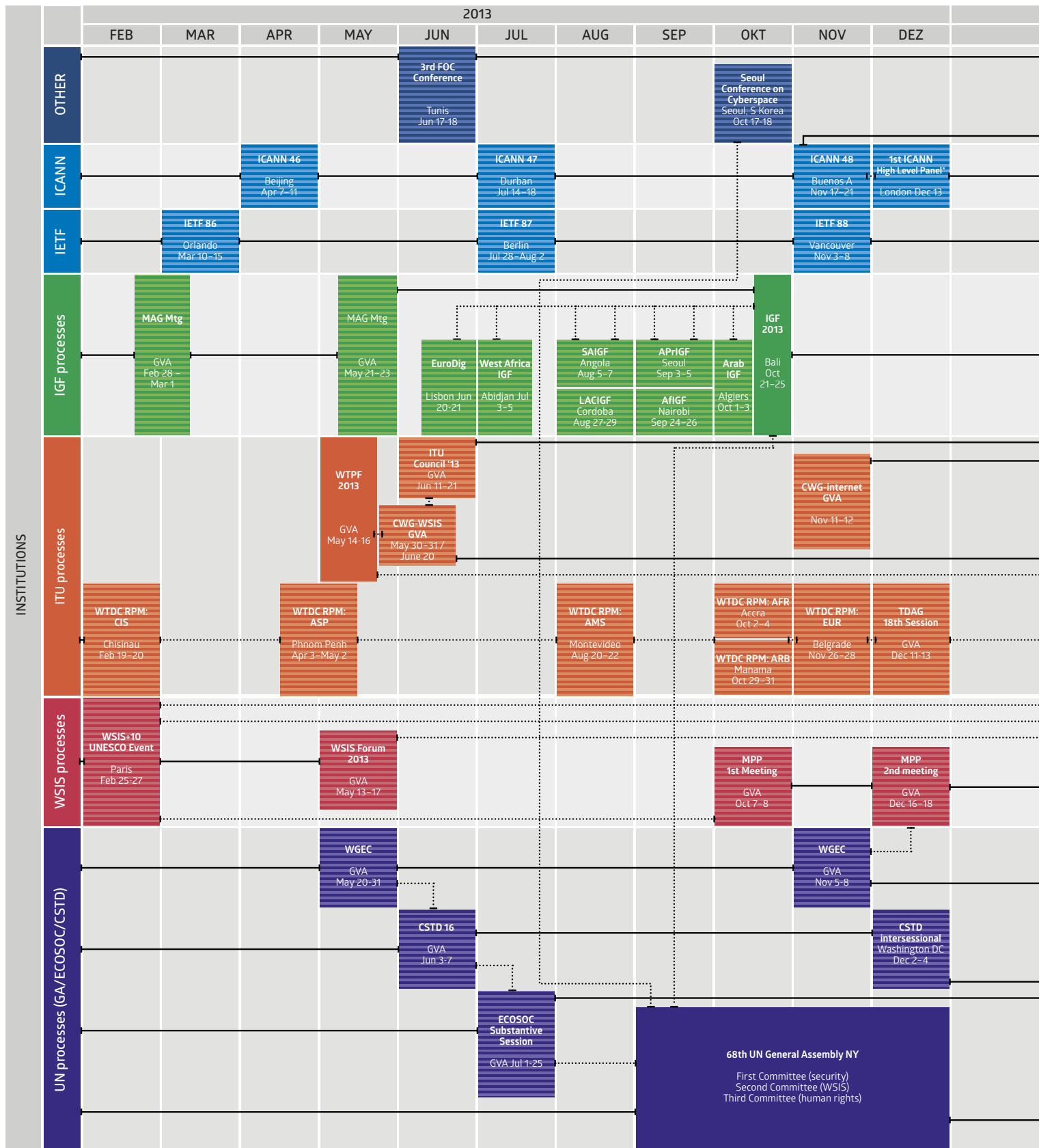
Die Internationale Fernmeldeunion (ITU) ist die Fach-Agentur der Vereinten Nationen, die Telekommunikations-Standards definiert und einführt. Sie steuert Radio-Frequenzen und sorgt weltweit für die Leistungsfähigkeit dieser Sektoren. In erster Linie ist sie beim Management der Telekommunikations-Infrastruktur beteiligt. Doch die ITU ist immer mehr in allgemeine Fragen zu Internet-relevanten Richtlinien involviert. Diese inhaltliche Kompetenz basiert auf der Arbeit des ITU-Rats, der Arbeit der verschiedenen Fachgebiete, und der ITU als Veranstalter des WSIS+10 Review-Prozesses. Aufgrund der zwischenstaatlichen und in sich geschlossenen Funktionweise des ITU, äußerten sich viele Stakeholder kritisch zu dessen Einfluss im Bereich Internet Governance. Eine bevorstehende Konferenz im Jahr 2014, an der nur Bevollmächtigte teilnehmen, soll als Plattform dienen, die grundsätzlichen Schriften des ITU (Grundsatz und Verfassung), sowie die Strategie der nächsten vier Jahre und der damit einhergehenden Akteursrolle zu Internet Governance, zu besprechen.

Internet Governance Forum (IGF)

Das IGF ist das internationale Multi-Stakeholder Forum der Vereinten Nationen, und war ein Ergebnis der Tunis Agenda und den 2003/2005 geführten WSIS-Verhandlungen. Zum achten mal traf sich das Forum 2013 in Bali. Obwohl das IGF nicht berechtigt ist, Entscheidungen umzusetzen, ist es das führende internationale Multi-Stakeholder Forum zu Public Policy und Fragestellungen im Bereich Internet Governance. Um das IGF ergebnisorientierter zu gestalten, hat die Commission on Science and Technology for Development (CSTD) - Arbeitsgruppe zur Verbesserung des IGF im März 2012 Vorschläge veröffentlicht, die helfen sollen, konkretere Ergebnisse zu liefern. Deswegen wurden verschiedene Policy-Fragen formuliert, die bei jedem IGF behandelt und anschließend dokumentiert werden sollen. Übereinstimmende und gegensätzliche Meinungen zu Fragestellungen sollen so ausgearbeitet werden und damit die Auswertung des IGF verbessern.

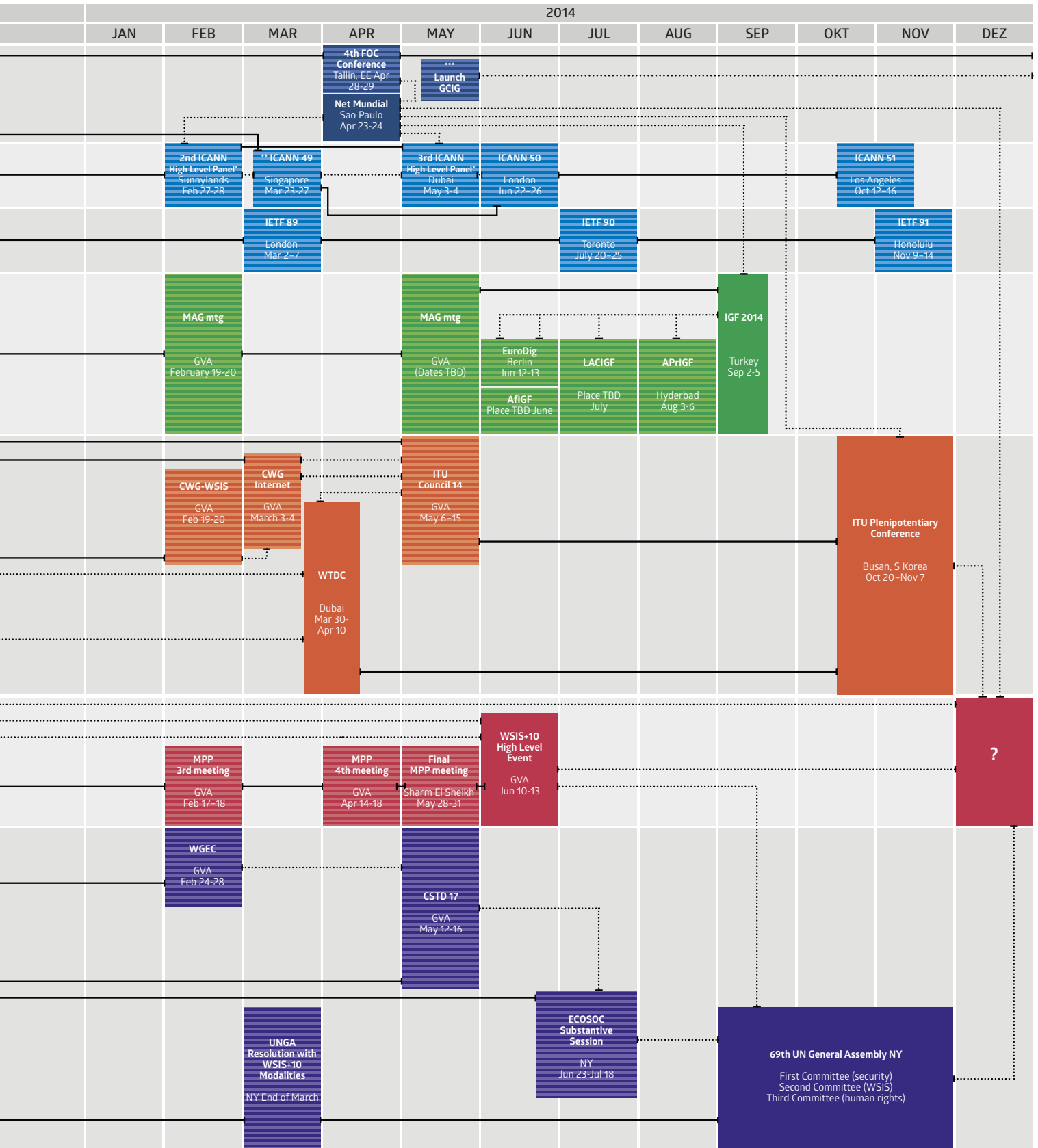
Governance der technischen Ressourcen des Netzes (ICANN, IETF, etc.)

Koordination, Leitung und das tägliche Management der technischen Ressourcen des Internets ist auf diverse Akteure aufgeteilt, darunter die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN), die Internet Engineering Task Force (IETF), das World Wide Web Consortium (W3C), die Internationale Fernmeldeunion (ITU), sowie andere öffentliche und private Stellen. ICANN regelt die zentrale Infrastruktur des Internets – Internet Protocol (IP) - Adressen, Domain-Namen und Root-Server. Die IETF ist für die Kompatibilität bei der Entwicklung von Standards und Protokollen verantwortlich. Die ITU regelt die Telekommunikations-Infrastruktur. Seit sich technische und politische Fragestellungen immer mehr überschneiden, wird die grundlegende Internet-Infrastruktur zum Politikum. Die Aufruhr um das Abkommen zu ITU Telekommunikation auf der World Conference on International Telecommunications (WCIT-12) hat das deutlich gemacht.



Direct Relation ————>
 Indirect Relation - - - - ->

Important meetings 
 Meetings 



Matthias Spielkamp und Philipp Otto von irights.info haben am 16. Dezember 2013 mit Dirk Brengelmann über Cyber-Außenpolitik gesprochen. Dieser Text erschien auch im Magazin „DAS NETZ Jahresrückblick Netzpolitik 2013-2014“ bei iRightsMedia.

／ DIRK BRENGELMANN: DIE FRAGMENTIERUNG DES NETZES IST EINE DER GROSSEN GEFAHREN



Foto: Iger Schwarzenmann | <https://flic.kr/p/8W3GdA> | CC-BY-SA-2.0 | <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

Dirk Brengelmann ist zuständig für die Cyber-Außenpolitik des Auswärtigen Amtes. Ein Gespräch über die Spähaffäre und Vertrauen, Netzneutralität und Menschenrechte – und ob im AA eine Hand weiß, was die andere tut.

Die Süddeutsche Zeitung berichtete, der Posten des Sonderbeauftragten sei zum einen als eine Antwort auf die Spähaffäre geschaffen worden. Zum anderen seien die Diplomaten schon länger bemüht, das Thema Cyber-Politik nicht an andere Ressorts zu verlieren. So wurde bereits 2011 im Auswärtigen Amt ein Koordinierungsstab für Cyber-Außenpolitik eingerichtet. Das US-Außenministerium hat seit 2011 einen Cyber-Beauftragten. Dirk Brengelmann, der Sonderbeauftragte für Cyber-Außenpolitik des Auswärtigen Amtes, erklärt, was er macht und wieso sein Job wichtig ist.

iRights.info: Herr Brengelmann, was ist Cyber-Außenpolitik?

Dirk Brengelmann: Wenn es um Cyber-Außenpolitik geht, dann geht es um das Thema Internet und Menschenrechte, um Privacy und Datenschutz. Das hat Auswirkungen auf unsere Firmen, auf die wirtschaftliche Entwicklung, auf die Agenda in der Europäischen Union.

iRights.info: Warum gibt es Ihren Job?

Dirk Brengelmann: Schon nach ein paar Tagen hier in diesem Amt merkt man, dass Cyber-Außenpolitik im Auswärtigen Amt ein Querschnittsthema ist, das eine Reihe von Arbeitsbereichen betrifft. Eine meiner Aufgaben ist es, diese verschiedenen Stränge zusammen zu halten. Das liegt auch an den verschiedenen Akteuren bei dem Thema. Das war etwas, was ich sehr schnell lernen musste.

Es ist eben kein klassisches Spiel zwischen Nationalstaaten, sondern ein Konzert mit sehr vielen verschiedenen Musikanten: Nichtregierungsorganisationen, Staaten, Wirtschaft, Wissenschaft. Ich komme aus einem Hintergrund, wo man eher unter Staaten verhandelt. Dieser Aspekt war für mich eine neue Erfahrung.

iRights.info: Stichwort Wirtschaft: Deutschland ist eine führende Exportnation. Das Wirtschaftsministerium hat daher traditionell einen sehr starken Einfluss bei internationalen Verhandlungen zur Internet-Regulierung. Gibt es Ihre Position deshalb, um dem Wirtschaftsministerium etwas entgegenzusetzen?

Dirk Brengelmann: Das ist nicht fokussiert auf ein Ministerium. Wir stimmen uns innerhalb der Bundesregierung sehr eng ab. Dies gilt für das Wirtschaftsministerium genauso wie für das Innenministerium, das Kanzleramt, oder auch das Justizministerium, etwa wenn es um Datenschutz geht. Ich spreche häufig mit den Kollegen, die im Innen- und Wirtschaftsministerium auf meiner Ebene tätig sind. Ich habe bisher keinerlei Probleme gehabt und ich sehe auch keine kommen.

iRights.info: Wissen Sie immer, mit wem Sie in den anderen Ministerien sprechen müssen?

Dirk Brengelmann: Ja.

iRights.info: Glauben Sie, dass die neue Bundesregierung diesen Bereich stärken wird? Wird es möglicherweise zwischen den Ministerien eine stärkere Kooperation geben?

Dirk Brengelmann: Ich glaube, das Themenfeld als solches braucht keine Aufwertung mehr, das ist einfach da und für jeden erkennbar. Die Frage, wie das strukturell bekleidet wird, ist für mich eine zweite Frage.

iRights.info: Ob es also einen Internetminister geben wird?

Dirk Brengelmann: Darüber entscheiden andere.

iRights.info: Haben Sie eine Aufgabenliste für die nächsten Jahre? Und wenn ja, was steht drauf?

Dirk Brengelmann: Das, was ich mache, wird im Augenblick zu einem Gutteil von den Auswirkungen der sogenannten Spähaffäre bestimmt, auch wenn ich nicht derjenige bin, der in Washington die Gespräche mit den Geheimdiensten führt. Da sind Dinge in Bewegung geraten, die sonst vielleicht nicht so schnell in Bewegung geraten wären. Ob Internet-Regulierung oder Privatsphäre, ob Menschenrechte oder Datenschutz – wie darüber in der EU verhandelt wird, und wie unsere Firmen darauf reagieren: Überall können Sie sehen, die Ausspähvorwürfe bestimmen das Thema.

Dieses neue Momentum, diese neue Bewegung, wird die Debatte mindestens ein bis zwei Jahre lang bestimmen. Keiner kann vorhersagen, wo wir beim Thema Internetregulierung

in einem Jahr sein werden. Die Dinge sind in Bewegung geraten, jetzt muss man versuchen, sie zu gestalten. Aber zu sagen, in zwei Jahren will ich, was das anbelangt, unbedingt da oder dort sein, das wäre vermessen.

iRights.info: Stellen Sie sich vor, ich bin Unternehmer und im Multi-Stakeholder-Prozess engagiert, weil ich irgendwie mit Internet zu tun habe. Jetzt lese ich von der NSA, vom GCHQ, aber zum Beispiel auch davon, dass der BND angeblich Informationen geliefert hat, die dabei geholfen haben, die extrem fortgeschrittene Schadsoftware Stuxnet zu entwickeln, die in iranische Atomanlagen eingeschleust wurde. Kann eine Regierung in diesem Multi-Stakeholder-Prozess noch ein Partner der Zusammenarbeit sein?

Dirk Brengelmann: Ich habe bisher nicht das Gefühl, dass man uns mit mangelndem Vertrauen entgegentritt. Und ich habe es bisher nicht erlebt, dass man mich gefragt hat: „Können wir überhaupt noch mit euch reden?“

iRights.info: Dann drehen wir das mal um. Wir wissen inzwischen genau, dass bestimmte Firmen sehr eng mit Nachrichtendiensten kooperieren. Warum glauben Sie, dass Sie in diesem Multi-Stakeholder-Prozess, der historisch etwas ganz Neues ist, mit Unternehmen vertrauensvoll zusammenarbeiten können?

Dirk Brengelmann: Können? Müssen! Wir müssen mit allen, die in diesem Bereich wichtig sind, im Gespräch bleiben. Wir sind mit den Regierungen im Gespräch, und da gibt es ja nicht wenige kritische Kandidaten. Wir sind mit allen Vertretern der Zivilgesellschaft im Gespräch. Und wenn wir das weiter entwickeln wollen, müssen wir auch mit allen Firmen im Gespräch sein. Die Dinge sind so im Fluss, dass man vorsichtig mit Schlussfolgerungen sein sollte, wem man wann, wo und wie trauen kann.

iRights.info: Hat Sie in diesem ganzen Skandal, in dieser Entwicklung etwas überrascht? Oder waren das meist Informationen, die Sie bereits geahnt hatten?

Dirk Brengelmann: Ich gestehe zu, dass ich auch gelegentlich überrascht war.

iRights.info: Die Bundesregierung muss abschätzen, welche Gefahren bei Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und -spionage bestehen.

Wie wichtig ist es, dass die Geheimdienste möglichst viel wissen? Wo muss man nachrüsten, um beim nächsten Mal nicht so überrascht zu sein?

(Brengelmann lacht.)

iRights.info: Oder, um es wie Herr Dobrindt zu formulieren: Cyber-Supermacht Europa als Gegenpol zu China und den USA.

Dirk Brengelmann: Es gibt jetzt viele Forderungen wie: Wir müssen mehr bei der Hardware machen, wir müssen mehr bei der Software machen und so weiter. Es gibt das Thema „Digitale Agenda“ bei den Beratungen der EU, die Vorschläge der EU Kommission. Was davon am Ende wirklich möglich ist, ist eine andere Frage. Ja, wir müssen mehr tun, aber wir sind natürlich gleichzeitig eine Exportnation, die im Welthandel tätig ist. Bei aller Liebe zu nationalen Initiativen müssen wir immer sehen, wie Firmen, die wir hier auf unserem Boden haben, zum Beispiel SAP, weiter tätig bleiben können. Da gibt es sehr unterschiedliche Interessenlagen.

iRights.info: Was halten Sie dann von Forderungen nach einer Nationalisierung des Internets, nach „EU-Clouds“, „Deutschland-Clouds“ oder „Deutschland-Mail“?

Dirk Brengelmann: Bisher ist es so, dass die Firmen ihren Kunden bestimmte Möglichkeiten anbieten und die Kunden dann entscheiden, ob sie das wahrnehmen wollen. Das ist erst einmal eine autonome Entscheidung des Konsumenten. Man kann bestimmte Entwicklungen fördern, aber es ist eine ganz andere Diskussion, ob man bestimmte Dinge reglementieren will. In den Diskussionen kommt das Thema Fragmentierung des Netzes sehr schnell auf, dass also viele Länder nationale Regeln aufstellen wollen. Viele sagen, dass es bereits stattfindet.

Ich glaube, das ist eine der großen Gefahren aus dem, was wir jetzt erlebt haben: dass solche Neigungen weiter befördert werden, aber auch gelegentlich als Argument für andere Dinge dienen – denen, die das Internet stärker im Griff haben wollen, um Kontrolle auszuüben.

iRights.info: Die Nationalisierung wird durchaus als Möglichkeit gesehen, Staaten – und damit dem Bürger als Souverän – wieder Einfluss zu verschaffen.

Dirk Brengelmann: Natürlich sind auch die Nationalstaaten Player in diesem sogenannten Multi-Stakeholder-Prozess. Bei den Vereinten Nationen gibt es die sogenannte Group of Governmental Experts, die darüber berät, wie das Völkerrecht, das internationale Recht, zur Anwendung kommen kann. Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass es zur Anwendung kommt, dass man also kein neues Völkerrecht entwickeln muss. Aber unter dem Dach des Völkerrechts gibt es möglicherweise doch Bedarf für Normen und Verhaltensregeln, die auch für den Cyberspace gelten – darüber beraten wir zum Beispiel in den Vereinten Nationen, wo wir gemeinsam mit Brasilien einen Resolutionsentwurf zum Schutz der Privatsphäre im digitalen Zeitalter eingebracht haben.

iRights.info: Sehen Sie die Gefahr, dass bestimmte Staaten, in denen Bürger- und Menschenrechte nicht gut geschützt sind, darauf drängen, eine stärkere Kontrolle über das Internet und seine Regulierung und Verwaltung zu bekommen?

Dirk Brengelmann: Wir nehmen durchaus wahr, dass in bestimmten Ländern die Zügel weiter angezogen werden.

iRights.info: Es gibt die Arbeitsgruppen bei den Vereinten Nationen und woanders, aber da geht es nicht um einen neuen, internationalen Vertrag. Sehen Sie den kommen?

Dirk Brengelmann: Wir haben genug Möglichkeiten, Normen zu entwickeln. Wir haben einen Vertrag im Bereich Cybercrime, die so genannte Budapest Convention, die den Vorteil hat, dass

auch Staaten außerhalb des Europarats diesem Vertrag beitreten können. Die Forderung nach einem Vertrag unter dem Stichwort Code of Conduct, etwa von den Russen und Chinesen, ist schon länger im Umlauf. Ich sehe ihn bisher nicht kommen und wir unterstützen das auch nicht. Die Group of Governmental Experts macht gute Arbeit; wir arbeiten dort gerade an einer Resolution im Rahmen der Vereinten Nationen, die das indossieren wird und die hoffentlich die Neuauflage einer solchen Gruppe zulässt, sodass man diesen Prozess weiter voran treiben kann.

iRights.info: Normalerweise rechnet man bei Vertragsverhandlungen nicht in Monaten, sondern in Jahren und Jahrzehnten.

Dirk Brengelmann: Das ist ein Punkt, warum wir sagen: Die Dinge sind so im Fluss, dass ein Vertrag als Instrument nicht wirklich dafür geeignet ist.

iRights.info: Es heißt, Staaten haben keine Freunde, Staaten haben Interessen. Welche Möglichkeiten haben Sie, als Vertreter des Auswärtigen Amtes und der Bundesregierung, Einfluss auf Partner auszuüben, mit deren Verhalten Sie nicht einverstanden sind?

Dirk Brengelmann: Es gibt auf der Staatenebene einen relativ kleinen Kreis von Leuten, die dieses Geschäft betreiben, in der Civic Society ist es ein großer Kreis. Das heißt, die informellen Strippen unter den Staaten sind relativ kurz. Man ist sehr schnell in Kontakt miteinander, man kann sehr schnell Signale untereinander austauschen und sich über die richtigen Schritte verständigen.

iRights.info: Dann noch zu einem ganz konkreten Thema: Wie wichtig ist Netzneutralität?

Dirk Brengelmann: Die Federführung liegt beim Bundeswirtschaftsministerium. Aber für mich ist klar, dass man das nicht nur als Wirtschaftsthema, sondern als Menschenrechtsthema sehen sollte. Wenn es um den menschenrechtlichen Aspekt geht, teile ich die Forderung nach Netzneutralität.



Dirk Brengelmann ist seit August 2013 Sonderbeauftragter für Cyber-Außenpolitik des Auswärtigen Amtes. Davor war er bei der NATO, in den Botschaften in Port-au-Prince, London und Washington, im Kanzleramt sowie als Referatsleiter Sicherheits- und Verteidigungspolitik im AA



MITMACHEN: INITIATIVE SMART COUNTRY-DIGITALE STRATEGIEN FÜR REGIONEN

Wenn erst überall Breitband verfügbar ist, was dann? Welche Chancen eröffnet das Internet um Landflucht entgegen zu wirken? Welche Innovationen gibt es im Bereich Bürgerbeteiligung, Infrastruktur, Bildung, Gesundheitsversorgung, Landwirtschaft oder Umweltschutz? Die 10. Initiative des Collaboratory will eine "Landkarte" innovativer Web-gestützter Projekte erstellen und in einer interdisziplinären Expertengruppe digitale Strategien für Entscheider in Regionen, Städten und Gemeinden entwickeln.

Bewerben Sie sich jetzt um eine Teilnahme oder treten Sie als institutioneller Förderer des Projekts auf. Kontakt & Informationen unter smartcountry.collaboratory.de

Zwei Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks äußern sich zur Gleichbehandlung der Datenpakete im Internet. Jürgen Burggraf ist Leiter des ARD-Verbindungsbüros in Brüssel. Jan Wiesner ist Stellvertretender Leiter des ARD-Verbindungsbüros Brüssel. Der Text erschien zuerst in der Zeitung des deutschen Kulturrats Politik und Kultur (Nr. 6/13)

／ EIN BISSCHEN NETZNEUTRALITÄT – WIE MUSS WIRKSAMER VERBRAUCHERSCHUTZ IM INTERNET AUSSEHEN?

„Ein bisschen schwanger“ geht bekanntlich nicht. Aber geht „ein bisschen netzneutral“? Diese Frage stellt man sich, liest man den aktuellen Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission über die Vollendung des europäischen Binnenmarkts der elektronischen Kommunikation. Da geht es in einem Paket unterschiedlicher Regelungsgegenstände um neue Marktmodelle für die europäischen Telekom-Unternehmen, Frequenzpolitik, die Abschaffung von Roaming und eben auch um die Netzneutralität.

NETZNEUTRALITÄT IST WICHTIG FÜR DIE VIELFALTSSICHERUNG IM NETZ

Länger zu warten ging bei Letzterem nicht mehr. Eine selbst beim Verbund der europäischen Regulierer für elektronische Kommunikation in Auftrag gegebene Studie hatte der Europäischen Kommission zuletzt belegt, dass europäische Telekom-Unternehmen weit häufiger und schwerwiegender als angenommen gegen das Prinzip der Netzneutralität verstießen. Zugleich nahmen sich einzelne Mitgliedstaaten der Sache zwischenzeitig eigenmächtig an und brachten entsprechende Regelwerke auf den Weg. Da musste Digitale Agenda - Kommissarin Neelie Kroes handeln.

Zunächst gibt es zur Netzneutralität im Text eine definitorische Annäherung: „Endnutzern steht es frei, über ihren Internetzugangsdienst Informationen und Inhalte abzurufen und zu verbreiten und Anwendungen und Dienste ihrer Wahl zu nutzen.“ Schön und

gut, aber: Reicht es, dass der Endnutzer „frei“ ist? Braucht es nicht das Recht auf Kommunikationsfreiheit im Internet und muss daraus nicht ein Rechtsanspruch gegen Netz- und Internetzugangs-Anbieter entstehen? Und ist nicht jenseits des Verbraucherschutzansatzes eine positive Rechtsgestaltung zur Sicherstellung von Netzneutralität und Best Effort-Internet als gesetzliche Verpflichtung, die den Netzanbietern nachprüfbar auferlegt werden kann? Überhaupt: Grundsätzlich zu kritisieren ist am Verordnungsvorschlag, dass die Europäische Kommission dem Best Effort-Internet keinen klaren Vorrang vor Managed Services einräumt. Unklar ist auch: Soll der Endnutzer eigentlich jedwede(n) Information und Inhalt über jede(s) beliebige Software bzw. Endgerät abrufen und verbreiten dürfen? Wer entscheidet darüber wie im Zweifelsfall? Das kann wohl kaum in das Belieben der Interzugangsanbieter gestellt werden. Weiter liest man: „Innerhalb vertraglich vereinbarter Datenvolumina oder -geschwindigkeiten ... dürfen Anbieter von Internetzugangsdiensten die ... genannten Freiheiten nicht durch Blockieren, Verlangsamung, Verschlechterung oder Diskriminierung gegenüber bestimmten Inhalten, Anwendungen oder Diensten oder bestimmten Klassen davon beschränken ...“. Man fragt sich erneut: Was sind diese Festlegungen angesichts der eher „leichten“, ja „schwammigen“ Definition der Netzneutralität im Internet wert?

Weniger problematisch erscheint im Weiteren dann, dass es Endnutzern frei stehen soll, mit „Anbietern öffentlicher elektronischer Kommunikation oder mit Anbietern von Inhalten,

Anwendungen und Diensten die Erbringung von Spezialdiensten mit einer höheren Dienstqualität zu vereinbaren“. Nicht anders ist es ja auch beim Gang in den Supermarkt: Da kann der Verbraucher z.B. zwischen Marmeladen oder Müslis unterschiedlicher Güte zu unterschiedlichen Preisen wählen. Allein, man wüsste gerne genauer, was mit „Spezialdiensten“ gemeint ist. Denn um diese ermöglichen zu können, soll „es Anbietern von Inhalten, Anwendungen und Diensten sowie Anbietern öffentlicher elektronischer Kommunikation frei [stehen], miteinander Vereinbarungen über die Übertragung des diesbezüglichen Datenvolumens oder -verkehrs als Spezialdienste mit bestimmter Dienstqualität oder eigener Kapazität zu schließen.“ Man kann hier unter Spezialdiensten sogenannte Managed Services jenseits des offenen Best Effort-Internets verstehen. Diese gibt es bereits: z.B. IPTV-Plattformen. Man kann sie aber auch als Dienste gemäß bestimmter Dienstklassen innerhalb des offenen Internets verstehen. Dann wären sie aber eben nicht mit dem Prinzip der Netzneutralität vereinbar. Es heißt da zwar noch: „Durch die Bereitstellung von Spezialdiensten darf die allgemeine Qualität von Internetzugangsdiensten nicht in wiederholter (!) oder ständiger (!) Weise beeinträchtigt werden.“ Das hört sich aber nicht gerade wie eine starke Verteidigung des Best Effort-Internets an.

Muss bis dahin Kritik an den Vorschlägen der Europäischen Kommission ansetzen, ist aber auch positiv festzuhalten, dass mit dem Verordnungsvorschlag die Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten ermächtigt werden sol-

len, „den Anbietern öffentlicher elektronischer Kommunikation Mindestanforderungen an die Dienstqualität aufzuerlegen“.

WAS IST EIN „SPEZIALDIENST“ EIGENTLICH GENAU?

Und außerdem wird festgeschrieben, „dass nicht diskriminierende Internetzugangsdienste mit einem Qualitätsniveau, das den Fortschritt der Technik widerspiegelt und durch Spezialdienste nicht beeinträchtigt wird, kontinuierlich zur Verfügung stehen. Ferner beobachten (die nationalen Regulierungsbehörden) ... die Auswirkungen von Spezialdiensten auf die kulturelle Vielfalt ...“ Sehr zu begrüßen ist dieser – wenn auch zu beschränkt formulierte – Hinweis auf die kulturelle Vielfalt. Denn in der Tat muss Netzneutralität künftig stärker als bisher gerade auch als Funktion der (medialen ebenso wie kulturellen) Vielfaltsicherung betrachtet werden. Und außer Acht gelassen werden darf zugleich nicht die Bedeutung der Netzneutralität für die Sicherstellung des Medienpluralismus. Alles in allem ist der Verordnungsvorschlag in puncto Netzneutralität also ambivalent formuliert. Im nun anstehenden Gesetzgebungsprozess müssen notwendige Korrekturen vorgenommen werden.

Dieser Text wurde mit Erlaubnis der Autoren und Politik und Kultur abgedruckt.

GLOSSAR

NETZNEUTRALITÄT

bezeichnet die wertneutrale Datenübertragung im Internet. Netzneutrale Internetdiensteanbieter senden alle Datenpakete unverändert und in gleicher Qualität von und an ihre Kunden, unabhängig davon, woher diese stammen, zu welchem Ziel sie transportiert werden sollen, was Inhalt der Pakete ist und welche Anwendung die Pakete generiert hat.

BEST EFFORT

bezeichnet hinsichtlich der Datenübertragung im Internet die Zusicherung einer Mindestgüte von Dienstqualität durch Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste. Der Betreiber des Netzes sagt dessen Benutzern zu, eingehende Übermittlungsanfragen schnellstmöglich und im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen nach besten Möglichkeiten zu bedienen. Eine fehlerfreie und vollständige Übermittlung ist dabei nicht garantiert. Insofern ist die Best Effort-Methode diskriminierungsfrei, da keine Priorisierung (z.B. gemäß spezieller Dienstklassen oder unterschiedlicher Quality of Service) vorgenommen wird.

ROAMING

ist das Verfahren, das sicherstellt, dass ein Mobilfunkteilnehmer in anderen (nationalen und internationalen) Netzwerken außerhalb seines eigenen Netzwerks selbsttätig Anrufe tätigen oder empfangen, Daten versenden und erhalten oder Zugriff auf andere Mobilfunknetzdienste haben kann. Dies ist insbesondere dann bedeutsam, wenn sich der Teilnehmer außerhalb des Funknetzes seines eigenen Mobilfunknetzes befindet. Für das Roaming erheben die Mobilfunkanbieter Gebühren beim Teilnehmer.

MANAGED SERVICES

sind Dienste, die Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste den Endkunden im Internet mit garantierter Dienstqualität gegen Entgelt anbieten.

IPTV

steht für Internet Protocol Television und bezeichnet die Übertragung von Fernsehprogrammen und Filmen über das Internet. Zur Sicherstellung der allgemeinen Dienstqualität wird IPTV als Managed Service angeboten.

„THE WEB FOR EVERYONE“

Das W3C und das W3C-Büro Deutschland/Österreich laden ein zum W3C Web of Things Workshop:

„Enablers and Services for an Open Web of Devices“

25.–26. Juni 2014, Siemensdamm 50, 13629 Berlin

Weitere Informationen unter www.w3.org/2014/02/wot

Mit freundlicher Unterstützung von Siemens.



c/o DFKI GmbH, Alt-Moabit 91c, 10559 Berlin • www.w3c.de

Sir Tim Berners Lee, Olympic games opening ceremony (July 2012, London)

Leslie Daigle ist Informatikern und Chief Internet Technology Officer der Internet Society (ISOC). Im folgenden Text erklärt sie, wie der weltweite Datenverkehr durch die USA läuft und benennt gleichzeitig mögliche Gefahren, wenn das Internet nur innerhalb von Nationalgrenzen geregelt wird. Dieser Blogpost erschien ursprünglich am 18. Juni 2013 auf internetsociety.org unter dem Tag Tech Matters. Ins Deutsche übersetzt von Janina Gera (Internet und Gesellschaft Collaboratory e.V.).

／ NATIONALGRENZEN IM INTERNET PROVOZIEREN? EIN ABSCHRECKENDER GEDANKE ...

Der Einfluss der Datensammlung durch die US-Regierung geht weit über die Privatsphäre-Probleme, wie sie im Internet Society Statement¹ niedergeschrieben sind, hinaus: zu erwarten ist ein dämpfender Effekt auf die globale, stabile Netzwerk-Architektur. Regierungen anderer Länder erkennen wie viel vom Datenverkehr ihrer Bürger unter der Beobachtung der USA liegt und erwarten, dass Verbindungen in und durch die USA einzudämmen sind – auch wenn sie nicht für irgendeinen Benutzer oder Dienst bestimmt ist.

Wir können uns ausmalen wie das passiert. In Wirklichkeit wäre es günstiger, einfacher und schneller ein Paket von Vancouver (Kanada) nach Toronto (Kanada) über Seattle, (USA) zu schicken als eine Route innerhalb Kanadas zu wählen – doch genau das macht den Online-Traffic zum Objekt U.S.-amerikanischer Überwachung.

Genauso sieht das bei vielen inter-kontinentalen Verbindungen aus: So enden aus Berlin kommende Pakete in Miami, da hier die direkteste Verbindung zu allen anderen Kontinenten besteht. Das bedeutet, dass z.B. der Datenverkehr von Berlin nach Santiago (Chile) wohlmöglich durch die USA geht und somit Teil der Datensammlung der U.S.-Regierung wird.

Würden mehr Internet Exchange Points eingerichtet, könnte man dafür sorgen den kanadischen Internet-Datenverkehr auch innerhalb Kanadas (Anm.d. Redaktion: oder den

deutschen Datenverkehr innerhalb Deutschlands) zu behalten. Doch das internationale Szenario ist ein bisschen schwieriger zu bewältigen ohne dabei Kontinente näher zusammenzurücken. Es mag sinnvoll erscheinen, dass ein Ort außerhalb der USA sich als bevorzugte Verknüpfung für Deutschlands inter-kontinentalen Datenverkehr herausstellt.

Doch dieser Gedankengang darf hier nicht enden, denn wir müssen erkennen, dass es eine verwirrende und teure Angelegenheit für Netzbetreiber sein wird, die Verbindungen auszutauschen. Es ist wichtig hier erst einmal einen

Schritt zurück zu gehen und darüber nachzudenken, was das für ein belastbares und stabiles Internet bedeutet.

Das Internet wurde nicht gemacht um Nationalgrenzen anzuerkennen. Und zwar nicht aus rudimentären Gründen – es war einfach nicht von Relevanz. Diese Vielfalt in der technischen Infrastruktur sorgt für die Stabilität. Viele Verbindungen und verschiedene Routen zwischen Schlüsselstellen können sicherstellen, dass der Datenverkehr um Netzwerkprobleme „herumgeleitet“ werden kann – zum Beispiel um Knotenpunkte, die aufgrund technischer



¹ Das Statement "Internet Society Statement on the Importance of Open Global Dialogue Regarding Online Privacy" findet sich auf www.internetsociety.org

Störung oder politischer Einflussnahme offline sind. Wir haben Vorfälle erlebt, bei denen sich ein Land im Ausnahmestand befand und die wichtigsten Webseiten trotzdem noch zugänglich waren. Sogar bei Naturkatastrophen unwahrscheinlich wichtig sein, wenn es nötig ist lokale Ressourcen zu erreichen.

Je mehr im Nachhinein versucht wird, das Internet den nationalen Grenzen anzugleichen um eine vermeintliche Kontrolle über die Ressourcen zu haben (entgegen der Intention der Netzwerk-Architektur), desto eher gehen wir das Risiko ein, die Vielfalt zu untergraben, die dem heutigen Internet seine Standhaftigkeit

gibt. Das Internet funktioniert aufgrund von Kollaboration; Entscheidungen auf nationalem Level zu treffen schwächt das in jeder Hinsicht.

Sicherlich gibt es berechnete Bedenken, die Entscheidungsträger zur Sicherheit ihrer Netzwerke und der Privatsphäre der Bürger haben. Wenn wir Richtlinien entwickeln wollen, die diese Bedenken aufgreifen, ist es wichtig, dass eben diese Entscheidungsträger auch beachten, dass Standhaftigkeit eine Schlüsselkomponente für Sicherheit, Vertrauen und Funktionalität ist. Als eine Überlegung sollte der Einfluss auf die Standhaftigkeit des Netzwerkes als negativer Nebeneffekt genau über-

dacht werden, wenn eine solche weitreichende Datenverfolgung vorgeschlagen wird.

Im Internet ist kein Land eine Insel.

Der englische Original-Text wurde mit Erlaubnis der Autorin und einer CC-BY-SA-3.0 Lizenz übersetzt und veröffentlicht.



stadt<entwicklerIn />

Code a difference:

Nutz' deine Fähigkeiten, um deine Stadt zu verbessern!

Jetzt auch in deiner Stadt:

codefor.de

Dieser Artikel entstand im Rahmen der 9. Initiative des Internet und Gesellschaft Collaboratory und erschien im Magazin „Globalisierung im Schatten der Überwachung“. Jan Mönikes ist Rechtsanwalt bei Schalast & Partner sowie Vizepräsident von ISOC Germany. Sebastian Haselbeck ist Geschäftsführer des Collaboratory e.V.

NETZ UND NATIONALSTAAT

Das Internet verändert nicht nur unsere Art zu arbeiten, zu kommunizieren und zu leben. Es entsteht auch ein neuer Raum für Recht und Politik: Je mehr soziale Funktionen ins Internet verlagert werden und unsere Welt dabei vernetzt und beeinflusst wird, umso drängender stellt sich die Frage nach politischem Einfluss und demokratisch legitimer Regulierung dieses Raums. In Deutschland macht sich in der politischen Debatte erst seit Kurzem die Erkenntnis breit, dass das Internet mehr ist als nur E-Mail oder Online-Shopping. Die seitherigen Vorschläge zur Internetregulierung vermögen daher noch kaum zu überzeugen. Viele politische Initiativen erkennen im Netz vor allem eine Bedrohung, einen „Tatort Internet“, ohne jedoch die tatsächlichen Risiken nur annähernd zutreffend zu beschreiben. Andere wiederum überhöhen die vorhandenen partizipatorischen Chancen des Netzes in einer idealisierenden Weise, die bestenfalls politisch naiv ist. Dieser Überblick will daher in die grundsätzliche Herausforderung einführen, die das Internet für Politik und Recht, Demokratie und Staat bedeutet, um das notwendige Verständnis für die weitere Debatte herzustellen.

DIE ENTMÄCHTIGUNG DES NATIONALSTAATES

Auch wenn nicht jeder Nationalstaat demokratisch sein muss, haben sich historisch die Territorialstaaten als Voraussetzung für Demokratie erwiesen. Das Internet jedoch ist seiner technischen Struktur nach nicht auf territoriale Grenzen angewiesen, sondern verhält sich grenzüberschreitend. Der Fluss der Daten orientiert sich an ökonomischen, nicht an überkommenen nationalstaatlichen Grenzen. Zugleich verliert im Digitalen alles, was rechtlich auf Körperlichkeit und Ortsbezogenheit

beruht, seinen zwangsläufigen Anknüpfungspunkt. Mit Cloud Computing lässt sich selbst der Ort der Datenverarbeitung nicht mehr ohne weiteres bestimmen. Der Prozess der „Globalisierung“ - das Zusammenrücken von Menschen, Märkten und Strukturen weltweit - erfährt daher durch seine „jüngere Schwester“ Internet weitere Dynamik und beschleunigt die „Entmächtigung des Nationalstaates“¹

Normen und Recht können durch Parlamente, Regierungen und Gerichte in der globalen Informationsgesellschaft weiterhin (auch allein im nationalstaatlichen Raum) gesetzt werden. Währenddessen schwindet im Internet jedoch die Sicherheit der Rechtskenntnis und der Rechtsdurchsetzung, selbst bei eigentlich rein innerstaatlichen Tatbeständen. Das liegt einerseits an „hausgemachten“ Problemen, bei denen bereits durch Anpassungen des nationalen Rechts Verbesserungen erreicht werden könnten. Aber es gibt eben andererseits auch nationalrechtlich nicht befriedigend lösbare Kollisionen gegensätzlicher Rechtsnormen, selbst dann, wenn diese nicht zwangsläufig auf unterschiedlichen normativen Wertungen beruhen. Wenn beispielsweise nach deutschem Recht nicht der Nutzer, sondern der Provider für die Verbreitung einer diffamierenden Äußerung im Internet verantwortlich ist und diese löschen muss, in den USA aber genau umgekehrt der User und nicht der Provider Verantwortung trägt, kann der Betroffene selbst dann praktisch rechtlos sein, wenn die Löschpflicht an sich in beiden Ländern unstrittig besteht.²

¹ Vgl. Habermas, Jürgen, Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie. <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50332.pdf>

² Vgl. Mönikes, Jan, Wiki-Immunity: Durchsetzbarkeit von äußerungsrechtlichen Urteilen gegen Wikipedia. <http://moenikes.de/ITC/2010/05/06/wiki-immunity-durchsetzbarkeit-von-auserungsrechtlichen-urteilen-gegen-wikipedia/>

Hierdurch können - überall, wo Daten im Spiel sind - selbst völlig ungewollt im Internet Bereiche entstehen, in denen keine Durchsetzung rechtsstaatlichen Rechts mehr sicher gewährleistet werden kann. Das aber stellt die Wirksamkeit von (nationalem) Staat und (demokratischer) Politik insgesamt in Frage. Zudem verlangt der „Code“ (also die technische Basis des Netzes, die vorgibt, was überhaupt möglich ist) als neue Dimension der Regulierung von Politik und Staat, sich zusätzlich zum Recht auf „Technikgestaltung“ als zusätzliches Regelungsinstrument einzulassen (Stichwort: „code is law“ - die Beschaffenheit der Informationstechnik oder der Software gibt die Richtung vor), ohne jedoch unmittelbaren Einfluss darauf zu haben. Die Durchsetzung von Recht und (nationalstaatlicher) Ordnung allein auf traditionellen Wegen, durch Gesetze und Gerichtsurteile oder im Gegenteil neue Grenzen?

Das Internet unterliegt trotz seiner Ausbreitung und Relevanz weder einer zentralen technischen noch einer einheitlichen staatlichen Kontrolle. Es erscheint frei und unregulierbar. Aber, wie Lawrence Lessig, Rechtsprofessor an der Harvard Universität, feststellt, ist das nicht zwingend so: „Es liegt nicht in der Natur des Cyberspace, unregulierbar zu sein, weil der Cyberspace keine Natur hat. Er besteht nur aus Code - die Software und Hardware macht den Cyberspace zu dem, was er ist. Und die kann man natürlich verändern.“³ Weiter: „Der Cyberspace besitzt die Möglichkeiten, der am umfassendsten regulierte Raum zu sein, den wir jemals gekannt haben. Er hat das Potenzial, die Antithese eines Freiheitsraums zu sein, und wir sind dabei, diese Transformation der Freiheit in Kontrolle zu verschlafen.“

³ Lessig, Lawrence, (1999): Code and Other Laws of Cyberspace. New York: Basic Books.



WER REGULIERT DEN CODE?

Internetregulierung ist heute ein Mosaik verschiedener Foren, Organisationen und etablierter Verfahren, die sich in der Praxis bewährt haben, aber oft nichtstaatlichen Charakter aufweisen. So kümmert sich beispielsweise die Internet Society (ISOC) gemeinsam mit der Internet Engineering Task Force (IETF) und anderen Hütern von technischen Standards um deren Einhaltung durch Aufklärungsarbeit und politische Willensbildung. Die technischen Normen des Internets basieren weitgehend auf sogenannten RFCs, den Requests for Comments, einer Art freiwilliger, kooperativer Regelfindung zwischen Fachleuten. Die Internet Assigned Numbers Authority (IANA) und die ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) kümmern sich um die Organisation des Systems an Internet-Adressen und Domain-Namen. Auf Ebene der UNO setzt das Internet Governance Forum (IGF) das Mandat des World Summit on the Information Society (WSIS) um, den die International Telecommunication Union (ITU) veranstaltet. Die ITU ist dabei das einzige

völkerrechtliche Gremium, das sich auf globaler Ebene mit Telekommunikationsfragen beschäftigt. Dazu kommt die World Intellectual Property Organisation (WIPO), ebenfalls im UN-System, die für Fragen des sogenannten geistigen Eigentums zuständig ist. Keines dieser Foren ist alleiniger Herr über das Netz. So wie das Internet sich ständig verändert, ist auch das System von Gremien ständig dabei, sich an die wandelnden Herausforderungen anzupassen. Eine mit staatlichen Institutionen vergleichbare Verbindlichkeit erreichen sie dabei jedoch nicht. Staaten, wie die Bundesrepublik Deutschland, haben sich in der Vergangenheit allerdings auch nur sehr begrenzt an diesen internationalen Gremien und Konferenzen beteiligt. Das ändert sich gerade erst, denn Regierungsvertretern fehlen bislang oft noch Fachkenntnisse sowie klare politische Zielsetzungen.

WER BESTIMMT DENN DANN?

Das Internet ist zwar digital, flüchtig und international. Seine technischen Infrastrukturen sind es jedoch nicht, auch nicht die wesentlichen Akteure. Sie sind nicht prominent, aber

doch bekannt. Wegen der Bindung des Netzes an Funk- oder Leitungskapazitäten – also Telekommunikation – dominieren vor allem Akteure aus den Industrienationen, wenn sie sich aktiv am Geschehen beteiligen. Dabei zeichnet sich ein neues Regulierungsschema ab: Der Privatsektor übernimmt die Führungsrolle, und gesellschaftliche Gruppierungen werden zwar beteiligt, ohne jedoch einen signifikanten Einfluss geltend machen zu können. Die Regierungen gewährleisten lediglich die „Führung des Privatsektors“, fordern aber keine nachhaltige soziale, rechtsstaatliche oder demokratische Regulierung ein. In einigen Ländern, beispielsweise Iran oder China, versucht dagegen der Staat die Führung zu übernehmen, indem er notfalls Teile des Internets mit technischen Maßnahmen und seinen Machtmitteln zu „re-territorialisieren“ versucht. Aber auch in demokratischen Staaten gibt es immer wieder Forderungen, das Internet unter die Kontrolle nationaler Gesetze und Parlamente zu bringen, beispielsweise im Kampf gegen Kinderpornographie oder für mehr Datenschutz.

GLOBALISIERUNG UND DEMOKRATIE

Politik kann vielfach innerhalb des nationalen Rahmens nicht mehr umgesetzt werden. In dem Dilemma, wie die Freiheit und Offenheit des Internets mit dem politischen Gestaltungswillen einer Gesellschaft vereinbart werden kann, richten viele den Blick auf größere politische Einheiten und transnationale Regime. Sie sollen einen Ausweg bieten und - möglichst ohne, dass die Kette der demokratischen Legitimation abreißt - die Funktionsverluste des Nationalstaates kompensieren. Als erstes Beispiel einer Demokratie jenseits des Nationalstaates könnte sich uns tendenziell die Europäische Union anbieten. Allerdings ändert die Schaffung größerer politischer Einheiten noch nichts an der grenzüberschreitenden, globalen Natur des Internets und damit der Begrenztheit der Durchsetzung staatlichen Rechts über die Grenzen eines (vergrößerten) Territoriums hinaus. Die Politik wird gegenüber den globalen Märkten also erst „aufholen“ können, wenn es auf weitere Sicht gelingt, für so etwas wie eine „Welt-Innenpolitik“ eine tragfähige politische Infrastruktur hervorzubringen, die von demokratischen Legitimationsunnen gleichwohl nicht entkoppelt ist. Politik könnte darauf zielen, das lockere Netz transnationaler Regime enger zu knüpfen und in der Weise zu nutzen, dass der Kurswechsel zu einer Welt-Innenpolitik ohne Weltregierung tatsächlich vollzogen werden könnte. Eine solche Politik müsste unter dem Gesichtspunkt betrieben werden, Harmonisierung statt Gleichschaltung herbeizuführen. Das Fernziel müsste sein, die digitale Spaltung und Schichtung der Weltgesellschaft ohne Beeinträchtigung der kulturellen Eigenart schrittweise zu überwinden.

DAS INTERNET ALS NEUER RAUM DES RECHTS

Für das Internet bedarf es - ähnlich wie vor Jahrhunderten für die Weltmeere - dabei neuer, grundlegender Regeln zum freien Fluss von Informationen zwischen den Völkern. Hierfür gibt es wenige historische Vorbilder: Das moderne Seevölkerrecht fußt auf dem von Hugo Grotius 1609 verbreiteten Gedanken eines offenen, freien Meeres („mare liberum“), das jedoch nicht gänzlich unreguliert sein soll. Für das Internet ist noch lange nicht entschieden, ob sich in vergleichbarer Weise der Gedanke der Freiheit gegenüber dem der Re-Territo-

rialisierung durchsetzen wird und ob sich am Ende wieder eine vermittelnde Position zu etablieren vermag. Ein Beispiel wäre die Anknüpfung an das System der GeoTLDs. Innerhalb des Namensraums .de wäre deutsches Recht danach notfalls auch mit technischen Mitteln vollständig durchzusetzen und in .berlin wären darüber hinaus noch landesrechtliche Normen zu beachten. Unter .com oder .int würde man dagegen bewusst den Schutz eines einzelnen nationalen Staates verlassen, sich jedoch auch nicht von ihm einengen lassen. Auch dort aber sollte dann wenigstens noch ein grundlegender, universeller Standard von bestimmten völkerrechtlichen Regeln gelten, die von jedem Land durchzusetzen wären - worauf man sich eben auch im Seevölkerrecht verständigt hat.

Will man verbindliche Regeln für das Internet aufstellen, sind dabei jedoch die drei Dimensionen von Regulierung mit ihren je vier möglichen Handlungsfeldern zu beachten. Der bisherige, meist nur zweidimensionale, Ansatz vertraut allein auf Recht und Gesetze, welche die Inhalte im Internet auch über alle Grenzen hinweg regulieren wollen. Das allein kann nicht funktionieren und verursacht nur (unge-wollte) Schäden.

WIE STEHT ES UM DIE ZUKUNFT DES OFFENEN NETZES?

Das Internet verändert unsere globale Kommunikation radikal. Alte und neue Akteure sind täglich mit den Herausforderungen einer globalen Informationsgesellschaft konfrontiert, bei der wir alle gleichzeitig auch Nutznießer sind. Die Technik erleichtert den globalen Austausch an Wissen und Daten, aber auch von physischen Gütern. Landesgrenzen spielen für vieles, was wir tagtäglich privat, geschäftlich oder politisch machen können, nur noch eine untergeordnete Rolle. Gleichzeitig bedeutet das globale Internet nicht den Wegfall der bestehenden Grenzen und Strukturen. Es entsteht ein Spannungsverhältnis, das sich nicht kurzfristig auflösen lässt: Innovationen, Wissensaustausch, Teilhabe und globaler Austausch reiben sich mit der Bedrohung bestehender Geschäftsmodelle, neuer Monopole und grenzüberschreitender Kriminalität. Staaten können einfacher als je zuvor Informationen über ihre Bürger erheben, sie überwachen und zensieren. Auf der anderen Seite können Menschen gleichzeitig so leicht wie nie zuvor politischen Protest und Gegenöffentlichkeit organisieren.

Das Internet als ein gigantischer Globalisierungstreiber verhält sich dazu neutral: Dort, wo Dienstleistungen oder Unterhaltungsangebote aus rechtlichen, technischen oder kulturellen Gründen regional beschränkt werden sollen, widerspricht das seiner eigentlichen Struktur. Zensur, Sperrungen und lokale Gesetzgebungen führen zur Zersplitterung des Internets. Nationale oder sonst territorial beschränkte, „balkanisierte“ Netze, hätten mit dem offenen Internet von heute nur noch wenig gemein. Das große Potenzial des Internets bliebe so ungenutzt. Besonders in den aktuellen internationalen Debatten um Überwachung, Datenschutz, politische Zensur oder Freihandelsabkommen, bei der rechtlichen Harmonisierung von Regeln und ihrer Durchsetzung zeigt sich, wie wenig gewappnet Politik und Gesellschaft bislang sind, diese Herausforderungen zu meistern. Ebensowenig kommen sie bislang zu konstruktiven Lösungen, die das Internet nicht in seiner Offenheit und Freiheit insgesamt gefährden.

Es bedarf daher einer sachlich informierten intensiven Debatte mit technischem Verständnis und pragmatischen Ansätzen im internationalen Dialog, für die bestehende politische Strukturen allein unzureichend sind. Die Zukunft einer freien Informationsgesellschaft steht auf dem Spiel. Politik und Zivilgesellschaft müssen sich dazu stärker mit Fragen beschäftigen, die bisher nur in Nischen wahrgenommen wurden. „Netzpolitik“ muss auch in der breiten Öffentlichkeit stärker als Gesellschaftspolitik wahrgenommen werden. Denn die Bewältigung globaler Herausforderungen, die mit dem Internet zu tun haben, darf nicht zu Lasten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, freier Meinungsäußerung und anderen Menschenrechten wie der freien privaten wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltung gehen. Daher kommt insbesondere der konkreten Gestaltung internationaler, grenzüberschreitender Abkommen eine besondere Bedeutung für die Freiheit des Internets zu.

Fred Breinersdorfer – Jurist, Roman-/Drehbuchautor und Regisseur – ist Autor und Produzent des Spielfilms „Sophie Scholl – Die letzten Tage“ und bietet eine simple Lösung für das Problem des illegalen Downloads von Filmen und Serien. Dieser Text erschien als Nachdruck eines Beitrags aus der Süddeutschen Zeitung vom 14. Oktober 2013 in der Zeitung des deutschen Kulturrats Politik und Kultur (Nr. 6/13)

VERSCHENKT MEINE FILME! PLÄDOYER FÜR EINE LEGALE ÖFFNUNG DES NETZES

Wer Filme im Internet schauen will, landet oft bei illegalen Angeboten. Das liegt auch daran, dass es keine legalen Alternativen gibt. Was also ist zu tun? Zwei radikale Lösungsvorschläge:

Wenn ich bei Google die Wörter „Sophie Scholl Free Download“ eingebe, noch nicht einmal kombiniert mit dem Begriff „Film“, führen acht Links auf der ersten Trefferseite zu den Dieben meines geistigen Eigentums.

Der Film „Sophie Scholl – Die letzten Tage“, für den ich als Autor und Produzent verantwortlich zeichne, ist mein bekanntestes Werk – leider auch bei den Filmpiraten. Fast alle Websites, auf die Google mich leiten will, sind illegal. Erst ganz unten auf der Seite findet sich ein einziges legales Angebot. Es führt zu iTunes, wo man den Film für 9,99 Euro erwerben und betrachten kann.

Bei „Sophie Scholl“ bin ich Miteigentümer der Rechte – und wenn die Leute nicht gerade auf iTunes klicken, sehe ich von all diesen Nutznießern meiner kreativen Energie keinen müden Cent. Zwar könnte es sein, dass irgendwelche Anwaltskanzleien via Abmahnung bei meinen illegalen Nutzern Geld kassieren – aber davon weiß ich nichts. Falls jemand daran verdient, dann jedenfalls nicht ich. Sonst müsste es ja auf meinem Kontoauszug zu sehen sein.

Wo sind denn die legalen Alternativen?

Ist es einzusehen, dass irgendwelche Internetganoven im geschätzten Verhältnis von acht zu eins den Rahm abschöpfen, und wir alle – der

Gesetzgeber eingeschlossen – schauen zu? Und wie kann es sein, dass die Betreiber dieser Piratenseiten die Filme zwar umsonst anbieten, aber trotzdem Millionen verdienen – für die Werbung auf ihren Seiten und für Premium-Abonnements, mit noch besserer Qualität und noch schnellerem Download?

Da stimmt etwas nicht, das ist jedem klar. Und es macht mich stinksauer. Aber gerade wir Künstler sollten auch die umgekehrte Frage stellen: Wo sind denn die massenhaften legalen Anbieter, die meine Google-Trefferseite füllen könnten? Wo sind denn die innovativen Webseiten, bei denen man mein Werk auf eine Weise herunterladen oder streamen kann, von der ich auch etwas habe? Die einfache Antwort ist: Es gibt sie nicht.

Selbstverständlich kann man sehr viele Filme bei den Giganten iTunes Store (Apple), Lovefilm (Amazon) oder im Play Store (Google) bekommen. Momentan leihen und kaufen beispielsweise iTunes-User weltweit mehr als 400.000 TV-Folgen und über 150.000 Filme – täglich. Aber ich weiß auch, was hinter den Kulissen passiert. Sogenannte „kleine“ Filme haben praktisch keine Chancen, ins Repertoire aufgenommen zu werden. Die Großanbieter setzen die

HIN ZU EINEM FREIEN GRATISMARKT

Preise fest wie sie wollen, sie diktieren die Bedingungen. Wer auf dieses legale Angebot zugreifen will, hat die Auswahl und die Kon-

ditionen per Mausclick und Kreditkarte zu akzeptieren.

Ein echter Markt ist das nicht. Und schon gar keine Konkurrenz zu den illegalen Gratisangeboten. Und also wird es meiner Meinung nach Zeit, über radikale neue Lösungen nachzudenken.

Die radikalste ist zugleich die einfachste: Verschenken wir unsere Filme!

Ja, Sie haben schon richtig gehört. Das legale Gratisangebot von Filmen könnte wirklich ein cleveres Geschäftsmodell sein. Wenn die Internetganoven mit Werbung Millionen scheffeln, warum sollte man das Ganze nicht auch rechtmäßig organisieren können?

Das geht momentan natürlich nicht.

EINEN ECHTEN MARKT GIBT ES NICHT

Wer legal Filme anbieten will, braucht dafür die Internetrechte. Die liegen bei Kinofilmen in der Regel bei den Produzenten, die wiederum Lizenzen an Filmverleiher und Fernsehsender verkaufen, um den Film zu finanzieren. Das funktioniert aber nicht etwa weltweit, wie das Internet – es funktioniert nur von Land zu Land, von Territorium zu Territorium. Und oft ist die Situation noch vertrackter, wenn etwa Banken Rechte abgetreten bekommen, als Sicherung für ihre Kredite. Jeder Lizenznehmer bastelt momentan an Modellen, wie er mit seinen Lizenzen im Netz am besten Geld verdienen könnte.

Zwangslizenz für Filme

Jeder hortet exklusiv die eigenen Rechte – und nutzt sie im Zweifel lieber nicht, als sie anderen anzubieten. Nur wenige legale Seiten mit deutschen Filmen, wie „Alles Kino“, sind online. Aber deren Programm ist stark limitiert und definiert durch die Rechte, die man behalten hat oder nach mühsamen Verhandlungen einzelnen Lizenzinhabern wieder abluchst.

Wer aber könnte dieses schreckliche Gewurstel beenden, um einen lebendigen Markt zu schaffen und die Illegalen endlich auszutrocknen? Nur noch der Staat. Das ist der zweite Teil meiner radikalen Idee: Hier und heute fordere ich den Gesetzgeber auf, mir meine eigenen Internetrechte gegen Vergütung abzunehmen und mich dabei bitte nicht um Erlaubnis zu fragen. Und alle anderen Filmkünstler auch nicht. Ich fordere eine umfassende Zwangslizenz für Filme im Internet.

Das wäre dann eine nicht exklusive Konzession für jedermann, jeden beliebigen Film ins Netz zu stellen und damit Geld zu verdienen – allerdings mit einem wichtigen Zusatz: mit der Verpflichtung, die Rechteinhaber und Urheber angemessen am Umsatz zu beteiligen.

Klingt irrsinnig? Ist es aber nicht. Unser angeblich so verstaubtes Urheberrecht kennt längst Beispiele für solche Zwangslizenzen – der Gesetzgeber benutzt sogar diesen Begriff. Von großer Marktrelevanz und erheblicher kultureller Bedeutung ist zum Beispiel das Covering von Musik. Vereinfacht erklärt: Am selben Tag, wenn ein Musiktitel veröffentlicht wird, darf er nachgespielt werden. Weil das eine nicht exklusive Zwangslizenz ist, kann jeder beliebig oft davon Gebrauch machen – allerdings unter der Voraussetzung einer angemessenen Beteiligung der Rechteinhaber und Urheber.

Ein System von internationalen Vorschriften stellt sicher, dass diese Zwangslizenz nicht nur in Deutschland, sondern überall gilt, wo gleiche urheberrechtliche Standards herrschen. Hat der Urheber die Rechte an seinem Musikstück an eine Verwertungsgesellschaft abgetreten, zieht diese die Lizenzgebühren ein, was wegen der Unübersichtlichkeit des Musikmarktes für den einzelnen Urheber viel Sinn macht. Ähnliche Zwangslizenzen gibt es im Schulbuchwesen und im kirchlichen Bereich. Das Modell kann leicht auf Filme im Internet übertragen werden: In dem Moment, wenn die üblichen Schutzfristen für die Kinobewertung nach der Premiere abgelaufen sind, könnte jeder berechtigt sein, Kopien im



Internet anzubieten – nicht exklusiv. Das gilt für das Filmrecht wie für jeden neuen Film. Die Verwertungsgesellschaften der an einem Film und seinem Drehbuch beteiligten Urheber und Leistungsschutzberechtigten könnten kurzfristig die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für einen „One-Stop-Shop“ schaffen, wo die Lizenz erworben und abgerechnet werden kann, per Klick und sekundengenau. Und der Lizenznehmer kann kalkulieren, wie er seinen Auftritt organisiert und finanziert.

Beiläufig noch eine Bemerkung: Wer weiß heute denn schon genau, wo beim Nutzen von Fotos oder Videos aus dem Netz die Grenze der Legalität ist und wo die Grauzone beginnt? Für die legalen Anbieter könnte es im Rahmen einer Lizenzierung im „One-Stop-Shop“ auch noch zusätzlich ein Zertifikat geben, was vielleicht keine schlechte Werbung für das Geschäftsmodell ist.

So könnte es schon sehr bald möglich sein, dass jemand ein Portal aufmacht, wo man alle deutschen Komödien von der Stummfilmzeit bis zu „Kokowääh“, kostenlos ansehen oder herunterladen kann, finanziert durch Werbung oder mit „Premium“-Konten für die HD-Version. Ein anderer Kinokenner macht vielleicht

ein Portal mit den Filmen aller Oscar-Gewinnerinnen in der Kategorie „Beste weibliche Nebenrolle“ auf, und ein dritter widmet sich dem gesamten Film noir, mit umfangreichstem Begleitmaterial einschließlich chinesischer Untertitel. Wer will, soll Werbeeinnahmen mit Abos oder Klickabrechnungen kombinieren können. Ein offener, freier Gratismarkt könnte entstehen, gegen den die Filmklauer im Netz allein schon deswegen schlechte Karten haben würden, weil ihre Kopien oft von mieser Qualität sind. Klar, dass ein solches Modell vor allem den großen Lizenzinhabern beim ersten Verkosten nicht schmecken wird. Kein Kaufmann lässt sich gerne das Bestimmungsrecht nehmen, wie er mit seiner Ware verfährt. Am Ende sind es aber nicht nur seine Interessen, die der Gesetzgeber berücksichtigen muss, auch die Filmurheber und die Öffentlichkeit haben schützenswerte Interessen. Als einer dieser Urheber, dem das illegale Treiben im Internet de facto längst alle Rechte genommen hat, plädiere ich für eine legale Öffnung des Netzes und einen stabilen, lebendigen Markt für alle Filme.

Dieser Text wurde mit Erlaubnis des Autors abgedruckt

Ilja Braun – Literaturübersetzer und Redakteur bei Carta.info – schreibt am 3. März 2014 auf irights.info zu der Debatte um Urheberrecht. Er schlägt vor, den Fokus auf die Qualität des kreativen Schaffens zu legen, anstelle auf neue Bezahl- und Distributionsangebote.



／ GRUNDEINKOMMEN STATT URHEBERRECHT?

Was hat die Debatte um das Urheberrecht mit der um das bedingungslose Grundeinkommen zu tun? Die beiden zusammendenken, könnte ein Lösungsmodell sein, um angemessene Vergütung und demokratisierte Produktionsbedingungen in der digitalen Welt miteinander zu versöhnen.

In ihrem Standardwerk über den „neuen Geist des Kapitalismus“ unterscheiden Luc Boltanski und Ève Chiapello zwei Traditionen der Kapitalismuskritik: die Sozialkritik und die Künstlerkritik. Während die Sozialkritik die ungerechte Reichtumsverteilung, die Ausbeutung und die mangelnde soziale Absicherung in den Blick nimmt, richtet die Künstlerkritik sich auf den Mangel an Autonomie, Selbstbestimmung und Freiheit in einer als starr und zweckrational empfundenen Arbeitsgesellschaft.

2012 fand in Deutschland eine mitunter vehement geführte Debatte über das Urheberrecht im Digitalzeitalter statt. Es ist spät genug, um halbwegs nüchtern auf diese Debatte zurückzuschauen, und es könnte lohnend sein, dies im Lichte der von Boltanski und Chiapello eingeführten Unterscheidung zu tun.

DIE URHEBERRECHTS-DISKUSSION VON 2012

Tatsächlich spielten in der Urheberrechtsdiskussion von 2012 beide Spielarten der Kritik eine Rolle. Einerseits ging es um die angemessene Vergütung der professionellen Kreativen, aber auch um die Teilhabe der Massen am kulturell geschaffenen Reichtum, um den Zugang zu künstlerischen Werken. Dies sind soziale Fragen, Verteilungsfragen. Andererseits stritt

man um die Selbstbestimmung der Künstler über ihre Werke, aber auch um den freien Umgang der Nutzerinnen und Nutzer mit von ihnen erworbenen Medienprodukten. Dies sind Fragen der Autonomie und Selbstbestimmung.

So erbittert die ideologischen Grabenkämpfe um das geistige Eigentum auch geführt wurden – am Ende der Debatte stand keine große Reform des Urheberrechts, sondern lediglich der einträchtige Ruf nach „neuen Geschäftsmodellen“. Er verdankt sich der Vorstellung, man könnte gesellschaftliche Konflikte allein auf der Ebene der Warenzirkulation befrieden. Doch wie man das Welthungerproblem nicht lösen wird, indem man für eine effizientere Verteilung der Lebensmittel rund um den Globus sorgt, wird man auch die Konflikte um das Urheberrecht nicht mit neuen Bezahl- und Distributionsmodellen lösen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Urheberrecht in der digitalen Welt müsste vielmehr das kreative Schaffen selbst in den Mittelpunkt stellen. Sie müsste im Sinne einer Sozialkritik die Frage nach einer angemessenen Vergütung kreativer Leistungen aufwerfen. Und sie müsste im Sinne einer Künstlerkritik für Autonomie und Selbstbestimmung kreativer Akteure streiten.

KREATIV SIND HEUTE IRGENDWIE ALLE

Was aber bedeutet das in einer Zeit, in der Kreativität mehr denn je verallgemeinert ist? Dass heute alle irgendwie kreativ sind und nicht nur jene Menschen, die Kulturpolitiker seit ein paar Jahren „Kreative“ nennen, ist zu einem Gemeinplatz geworden. Doch was beim user generated content anfängt, der auf zahllosen, zumeist kommerziellen Plattformen im Netz kursiert, hört dort bei Weitem nicht auf.

Vielmehr geht die Verallgemeinerung der Kreativität weit über den Bereich künstlerischen und publizistischen Schaffens im engen Sinne hinaus. Kreativität ist heute eine Schlüsselkompetenz, die in jedem Bewerbungsgespräch für halbwegs qualifizierte Jobs eine Rolle spielt. Als „Problemlösungskompetenz“ ist sie aus dem Bereich der zweckfreien Kunst ins Wirtschaftsleben diffundiert.

Der Übergang vom fordistischen Industriekapitalismus zu einer Gesellschaft, in der Arbeit ein Selbstverwirklichungsprojekt im Dienst der Kapitalakkumulation „innovativer“ Unternehmen ist, ist mittlerweile mehr oder weniger abgeschlossen.

WANDEL ZUR IMMATERIALGÜTERÖKONOMIE

Auch in der Arbeitswelt zählt heute nicht mehr Fleiß, sondern Kreativität. Sie ist kein Privileg von Künstlern mehr, sondern im Mainstream angekommen. „Wenn es einen Wunsch gibt, der innerhalb der Gegenwartskultur die Grenzen des Verstehbaren sprengt“, schreibt Andreas Reckwitz, „dann wäre es der, nicht kreativ sein zu wollen.“ In einer umfassenden Aufmerksamkeitsökonomie ist die ständige Produktion von Neuigkeiten, von Originalität, Authentizität und Individualität zum wesentlichen ökonomischen Faktor geworden.

Damit ist der Wandel von der klassischen Arbeitsgesellschaft zu einer Immaterialgüterökonomie markiert. Marx ging noch davon

aus, dass der Wert einer Ware durch die Menge an Arbeit bestimmt werden kann, die in ihre Produktion investiert werden muss. Heute hängen der Wert eines Produkts oder der Aktienwert eines Unternehmens davon ab, wie „innovativ“ beide sind. Kreative Arbeit ist die Blaupause für alle Arbeit geworden, die nicht wegrationalisiert oder outgesourct wird.

Am Ende dieses Trends stehen die zahllosen, im weitesten Sinne kreativen Alltagsleistungen, die ganz ohne eigenes Zutun datenbasiert ökonomisiert werden. Einen Suchbegriff bei Google einzugeben, ist natürlich kein künstlerischer Akt, aber eine immaterielle, geistige, semiotische Leistung ist es durchaus. Der Übergang zur Ökonomisierung der Privatsphäre durch Aus- und Verwertung von Datenspuren ist fließend.

Wenn aber Unternehmen ihre Gewinne nicht mehr mit der Aneignung von Arbeit machen, sondern von Copyrights, wenn in einer „Wissensgesellschaft“ die oft freiwillig geleisteten Beiträge unzähliger Individuen zu einer vernetzten kulturellen Gemeinsphäre den Humus bilden, in dem „kreative Unternehmen“ ihre „innovativen Geschäftsmodelle“ entwickeln – was heißt das für die Frage nach einer angemessenen Vergütung kreativer Leistungen?

MÖGLICHE LÖSUNG: BEDINGUNGSLOS-SES GRUNDEINKOMMEN

Seit etwa 40 Jahren wird in Europa die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen diskutiert. Begründet wird sie meist mit der Notwendigkeit einer repressionsfreien sozialen Absicherung prekärer Existenzen. Das fällt, in der Unterscheidung von Boltanski und Chiapello gedacht, eher unter Sozialkritik.

Die Frage wäre aber nun, ob man der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen neue Schlagkraft verleihen kann, wenn man sie aus dem Wandel der Arbeitsgesellschaft von der fordistischen Industriegesellschaft zur Immaterialgüterökonomie herleitet? Als Forderung nach einer angemessenen Partizipation aller an der „Wissensgesellschaft“ Beteiligten an der auf Basis ihrer immateriellen Beiträge ermöglichten Wertschöpfung? Als Konsequenz aus der „Demokratisierung“ der Kreativität?

Man müsste dann anerkennen, dass heutzutage nicht mehr Arbeit, sondern Kreativität der wesentliche Produktivfaktor ist. Zum Beispiel können Unternehmen mehr Geld verdienen,

wenn sie Plattformen zur Verfügung stellen, auf denen Nutzerinnen und Nutzer ihren Ideen, ihrem Kommunikationsdrang und ihren sozialen Bedürfnissen freien Lauf lassen, als wenn sie diesen Nutzern irgendetwas zu verkaufen versuchen, dessen Produktion sie erst selbst finanzieren müssten.

AN DEN GEWINNEN PARTIZIPIEREN

Die Aneignung von Rechten an den Inhalten, die auf solchen Infrastrukturen produziert, „geteilt“ und verbreitet werden, vor allem aber an den Daten, die bei der Nutzung der Infrastruktur anfallen, ist weit lukrativer als die klassische Verwertung von Rechten an geistigem Eigentum. Vor allem aber ist sie weit profitabler als die Aneignung von Arbeit gegen Lohn.

Im Kernbereich der sogenannten digitalen Wirtschaft ist dies besonders augenfällig, doch weit über diesen hinaus bedeuteten die Digitalisierung und der Übergang zu einer Immaterialgüterökonomie vor allem eine beschleunigte Rationalisierung der Arbeitswelt, die langfristig die Arbeitsgesellschaft selbst in Frage stellt.

Die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen mit der Debatte um das Urheberrecht im Digitalzeitalter zusammenzudenken, hieße, die Traditionen der Sozialkritik und der Künstlerkritik am Kapitalismus unter dem Vorzeichen der Immaterialgüterökonomie zu verbinden. Es hieße, die Konsequenz aus der „Demokratisierung“ der Kreativität zu ziehen und die Forderungen der Urheber nach einer angemessenen Vergütung ihrer kreativen Arbeit und einer größtmöglichen Selbstbestimmung über deren Produkte zu verallgemeinern: im Sinne einer Partizipation aller, die zur vernetzten Gemeinsphäre beitragen, an den Gewinnen jener, die diese ökonomisieren.

Ilja Braun ist Literaturübersetzer und Redakteur bei Carta.info. Sein Buch „Grundeinkommen statt Urheberrecht? Zum kreativen Schaffen in der digitalen Welt“ erscheint dieser Tage im Transcript-Verlag.

Dieser Text wurde unter einer CC-BY-ND Lizenz Lizenz veröffentlicht.

Werden die Zeugnisse des kulturellen Schaffens und der Wissenschaft, die auf digitalen Trägern festgehalten werden, schon bald verschwinden? Werden die ersten Jahre nach der digitalen Revolution in der Erinnerung späterer Generationen ein „weißer Fleck“ sein? Mit solchen Fragen haben sich Experten aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft in drei ganztägigen Workshops der 8. Initiative des Collaboratory zu Nachhaltigkeit in der Digitalen Welt auseinandergesetzt. Der Berliner Appell ist ein Ergebnis davon und fordert ein Umdenken im Handeln mit unserem digitalen kulturellen Erbe.

／ BERLINER APPELL – ZUM ERHALT DES DIGITALEN KULTURERBES

Unsere Gesellschaft ist seit langem von dem Konsens bestimmt, dass Wissen und Kultur zu erhalten sind. Das Wissen unserer Tage wie die Kultur unserer Gesellschaft werden aber zunehmend mittels elektronischer Medien gespeichert und sollen über diese überliefert werden. Die Bewahrung dieses Wissens und dieser Kultur steht auf tönernen Füßen. Die Bereitschaft, auch in der elektronischen Welt in die Bestandserhaltung zu investieren, ist nicht sehr groß. Die Einsicht in die Notwendigkeit, die Prozesse der digitalen Langzeitarchivierung nachhaltig und dauerhaft zu finanzieren, ist noch nicht ausgeprägt. Die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie zur Bestandserhaltung auch von analogen Informationsträgern sind noch lange nicht ausgeschöpft. Das ist ein Appell zur Nachhaltigkeit in der elektronischen Welt.

1. Gefahr des Verlustes

Digitale Inhalte sind fragil. Sie unterliegen einer rasanten technischen Entwicklung. Es besteht dringender Handlungsbedarf bei der Archivierung, da digitale Inhalte und Informationen sonst unwiederbringlich verloren sind

2. Dauerhafte Aufgabe

Digitale Langzeitarchivierung ist Teil der Bestandserhaltung für digitale Objekte und muss als eine dauerhafte Aufgabe begriffen werden, die sich nicht in Projekten erschöpft.

3. Ausbildung/Organisation

Digitale Langzeitarchivierung muss ein gezielter Ausbildungs- und Forschungsschwerpunkt an Universitäten und Fachhochschulen werden und auch Eingang in die Curricula von anderen Disziplinen finden.

4. Recht

Der derzeitige Rechtsrahmen behindert vielfach die digitale Langzeitarchivierung. Es müssen eindeutige und verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen für die digitale Langzeitarchivierung in all ihren Aspekten geschaffen werden.

5. Kosten

Für die digitale Archivierung besteht eine dauerhafte öffentliche Verantwortung. Digitale Langzeitarchivierung ist kostenintensiv.

6. Aufmerksamkeit und öffentlicher Diskurs

Nachhaltigkeit in der digitalen Welt erfordert eine breite öffentliche Diskussion und starke politische Wahrnehmung. Digitale Langzeitarchivierung ist kein Nischenproblem

7. Langzeitarchivierung

Digitale Langzeitarchivierung sichert und stärkt das Demokratie- und Transparenzversprechen des digitalen Kulturerbes.

8. Rollen und Strategie

Zuständigkeiten und Rollen im Bereich der digitalen Langzeitarchivierung müssen im Rahmen einer nationalen bzw. europäischen Strategie klar bestimmt sein.

9. Auswahl

Auswahlkriterien für die digitale Langzeitarchivierung müssen Teil eines gesellschaftlichen Diskurses sein.

10. Reichweite

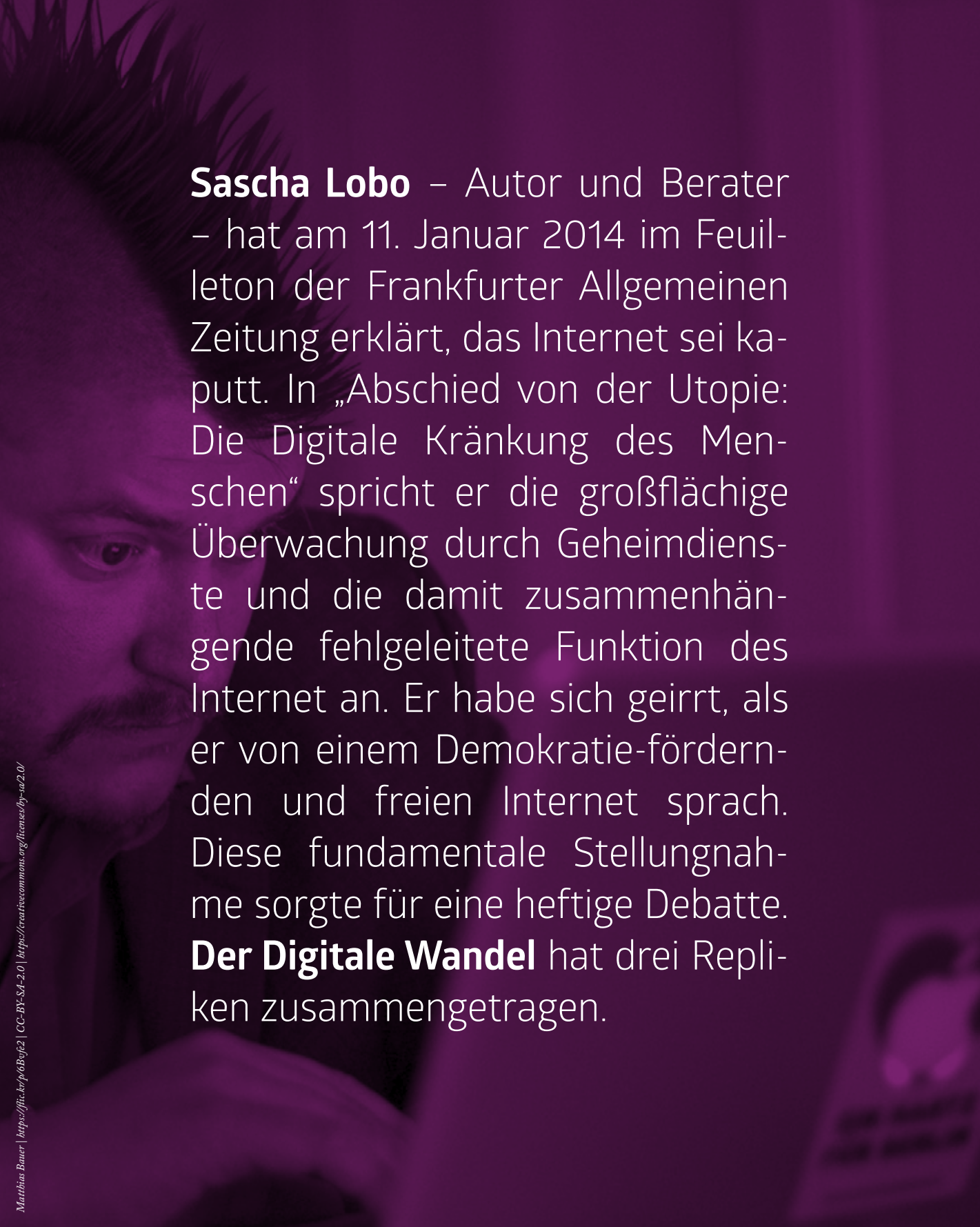
Kulturarchivierung ist im Digitalen eine Aufgabe, die in ihrer Bedeutung und ihren Folgen über die Aufgaben der Kulturinstitutionen hinaus geht.

11. Recherchierbarkeit, Verfügbarkeit und Zugang

Der Zugang zum digitalen Erbe ist durch neue Technologien so leicht wie noch nie. Er birgt einen großen Nutzen für die Bildung und Forschung. Um den Zugang zu erhalten, sind verlässliche Finanzierungsmodelle notwendig.

12. Technische Fragen

Langzeitarchivierung kann nur unter geregelten technischen Rahmenbedingungen nachhaltig erfolgen. Dazu gehören offene und standardisierte Datenformate.



Sascha Lobo – Autor und Berater – hat am 11. Januar 2014 im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erklärt, das Internet sei kaputt. In „Abschied von der Utopie: Die Digitale Kränkung des Menschen“ spricht er die großflächige Überwachung durch Geheimdienste und die damit zusammenhängende fehlgeleitete Funktion des Internet an. Er habe sich geirrt, als er von einem Demokratie-fördernden und freien Internet sprach. Diese fundamentale Stellungnahme sorgte für eine heftige Debatte. **Der Digitale Wandel** hat drei Repliken zusammengetragen.

Sascha Lobo, Ikone und Sprachrohr der sog. Netzgemeinde, beklagt sich im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung darüber, dass das Internet nicht das sei, wofür er es gehalten habe, dass es gar kaputt sei. Es geht, wie so häufig in den letzten Monaten, um die Snowden-Enthüllungen und das Ausmaß der TK-Überwachung durch Geheimdienste.

Mich hat Lobos Text aus verschiedenen Gründen irritiert, die ich hier nicht alle aufzählen möchte. Schwer nachvollziehbar ist für mich insbesondere die Vorstellung, jemand könnte vom Internet enttäuscht und wegen des Ausmaßes der Überwachung durch NSA & Co. gar gekränkt sein. Denn trotz aller Begeisterung für die Möglichkeiten die das Netz bietet, ist es für mich am Ende immer noch ein technisches Tool. Auch wenn der Vergleich hinken mag, kann man insoweit natürlich die Frage stellen, ob man dann auch von einem Küchenmesser enttäuscht sein kann, wenn es für Verbrechen missbraucht wird. Enttäuschend oder kränkend kann also nur der Umstand sein, dass die Geheimdienste vermeintlich demokratischer Staaten das Internet dazu missbrauchen, jeglichen Datenverkehr und damit die Kommunikation aller Bürger zu überwachen. Das ist aber kein Problem des Internets, sondern macht lediglich deutlich, dass unsere demokratischen Mechanismen nicht funktionieren. Solange man Geheimdienste alles machen lässt, was technisch möglich ist und ihnen keine Grenzen setzt, werden sie auch alles machen was möglich ist. Wenn man einen Hund vor einen großen Fleischtopf setzt, ist es nicht zielführend, ihm zu sagen, dass er aber nur langsam und nicht alles fressen darf. Es ist bislang eine Illusion anzunehmen, dass sich die Methoden mit denen NSA, GCHQ oder BND arbeiten, nennenswert von denen der Stasi unterscheiden. Was sich unterscheidet, ist in gewissem Umfang die anschließende Verwertung der durch eine Totalüberwachung gewonnenen Informationen. Aber auch in diesem Punkt wird man sich schnell der Stasi und den Unrechtsstaaten annähern, wenn man die Dienste weiterhin gewähren lässt wie bisher. Unsere vernetzte Welt bietet also lediglich die Grundlage dafür, dass sich ein globaler Überwachungsapparat etablieren konnte, der sich nicht mehr klar an einzelnen

Nationalstaaten festmachen lässt und der keine effektiven rechtlichen Grenzen kennt. Daran ist aber nicht das Internet schuld, sondern eine mangelnde rechtsstaatliche Kontrolle. Die Geheimdienste gefährden auch weit mehr als das Internet, sie gefährden unsere Demokratie. Die Frage sollte also nicht lauten, ob das Internet kaputt ist, sondern ob unsere Demokratie kaputt ist.

REPLIK 1: IST DAS INTERNET WIRKLICH KAPUTT?

Thomas Stadler – Fachanwalt für IT- Recht und Gewerblichen Rechtsschutz – kann die Enttäuschung über eine Technologie nicht verstehen und sieht eher eine Herkulesaufgabe für alle Demokraten. Sein Text wurde am 14. Januar auf internet-law.de veröffentlicht.

Es geht in Wirklichkeit also um rechtsstaatliche Defizite und die lassen sich weder mit einem neuen Internetoptimismus noch mit digitaler Selbstverteidigung (Verschlüsselung) überwinden, was nicht bedeutet, dass beides nicht sinnvoll und notwendig ist. Es ist eine Herkulesaufgabe aller Demokraten – nicht nur der Netzgemeinde – auf mehr Transparenz hinzuarbeiten und das System Geheimdienste zurückzudrängen und insgesamt in Frage zu stellen. Das ist die Aufgabe, die vor uns steht und sie wird essentiell für den Fortbestand unserer demokratischen Gesellschaften sein. Und es ist dies nolens volens die Aufgabe der Zivilgesellschaft, weil zumindest vorerst von der Politik keine Unterstützung zu erwarten ist.

Von zentraler Bedeutung wird dabei auch die Verbreitung der Erkenntnis sein, dass Geheimdienste, auch jenseits des Überwachungsaspekts, gerade nicht nützlich, sondern vielmehr schädlich sind. Geheimdienste machen diese Welt nicht sicherer, sondern unsicherer. Das haben viele Menschen noch nicht verstanden.

In den Texten von Sascha Lobo erkenne ich in letzter Zeit ein hohes Maß an Frustration, die offenbar daraus resultiert, dass weite Teile der (weltweiten) Bevölkerung die Überwachung durch Geheimdienste mehr oder minder gleichgültig hinnehmen. Der aktuelle Text Lobos, in dem sich viel FAZ- und Schirrmacher-typischer Kulturpessimismus wiederfindet, setzt die Schwerpunkte falsch. Lobo

redet zu viel über das Internet bzw. darüber wie es aus seiner Sicht sein sollte, obwohl wir über unsere Gesellschaft und unseren Rechtsstaat reden müssten.

Dieser Text wurde mit einer CC-BY-3.0 Lizenz veröffentlicht.



Eine Antwort auf Sascha Lobos Gekränktheit.

Das Internet sei kaputt – verkündete Sascha Lobo Mitte Januar in einem vielbeachteten Aufsatz in der FAZ. Kaputt deshalb, weil seit den Enthüllungen Edward Snowdens klar sei, dass das Internet nicht mehr eine Befreiungs-, Demokratie- und Emanzipationsmaschine, sondern im Gegenteil zum allumfassenden Überwachungsapparat mutiert sei. „Digitale Kränkung“ nennt Sascha Lobo das und erklärt diese zur „vierten Kränkung der Menschheit“. Die ersten drei Kränkungen der Menschheit sind, laut Sigmund Freud, Kopernikus' Feststellung, dass der Mensch nicht der Mittelpunkt des Universums ist; Darwins Feststellung, dass der Mensch vom Tier abstammt; und Freuds eigene Feststellung, dass der Mensch nicht Herr seiner eigenen Gedanken und Gefühle ist.

Die Überwachung der Kommunikation durch Geheimdienste als „nächste große Kränkung“ in dieser Reihe zu bezeichnen, zeugt von einer quasi religiösen Überhöhung des Internet. Nur wer an dessen heilsbringende Wirkung wie an Jesus Christus glaubt, kann dermaßen tief gekränkt sein, wenn sich dieser Glaube als Illusion herausstellt. Die Datenkopiermaschine Internet ist nicht kaputt – sie funktioniert nur zu gut und zeigt einmal mehr, dass Utopien immer auch voraussetzen, dass der Mensch sich ändert. Was er selten tut. Auf kaum etwas reagieren wir so empfindlich wie auf das Aufdecken unserer Lebenslügen.

ERSTE LEBENSLÜGE: RECHTSSTAAT DEUTSCHLAND

Die DDR und die Stasi dienten jahrzehntelang als Kontrast zur leuchtenden westdeutschen Demokratie – dabei wurde von Anfang an auch in der Bonner Republik kräftig überwacht. Berufsverbote und Rasterfahndung scheinen Beispiele aus dem vergangenen Jahrhundert zu sein. Und nach 1989 hat sich wenig geändert, wie der Fall des Sozialwissenschaftlers Andrej Holm zeigt. Er und seine Familie mussten 2007 geheimdienstliche Überwachung, er selbst eine lange Untersuchungshaft über sich ergehen lassen, nur weil Formulierungen aus seinen wissenschaftlichen Arbeiten in Flug-

blättern von Gentrifizierungsgegnern aufgetaucht waren.

Der NSA-Skandal ist ein gefundenes Fressen für deutsche und europäische Politiker, lenkt er doch bestens von den eigenen Versuchen ab, die Bevölkerung zu überwachen. Die folgenlose, aber populäre Forderung nach einem No-spy-Abkommen mit den USA ist für deutsche Politiker viel bequemer als

REPLIK 2: LEBENSLÜGE INTERNET

Enno Park – Autor, Blogger und Berater für Online-Kommunikation – definiert am 30. Januar 2014 auf jungle-world.com vier Lebenslügen als Replik auf Lobos „Digitale Kränkung der Menschheit“. Er erkennt altbekannte Probleme der Demokratie, des Datenschutzes und der Geheimdienste, jedoch kein Versagen der Technologie.

unangenehme Fragen zur illegalen Funkzellenabfragen in Sachsen, zu den Versuchen, einen „Staatstrojaner“ in unsere Rechner einzuschleusen oder zum bewussten Verzicht auf Verschlüsselung in „DE-Mail“, damit der Staat im Zweifel dort mitlesen kann.

ZWEITE LEBENSLÜGE: GUTE UND BÖSE STAATEN

Die USA sind eine befreundete Nation. Das hindert sie aber nicht daran, den Internetverkehr von Freund und Feind in ganz großem Stil zu überwachen – bis hin zu Botschaften, Institutionen und Regierungen. Dieser feindliche Akt eines Freundes ist irritierend, aber viel irritierender ist, dass die deutsche Regierung seltsam ruhig bleibt. Das liegt vor allem daran, dass sie selbst von der Überwachung profitiert, ohne sich die Finger schmutzig zu machen – die NSA arbeitet eng mit dem BND zusammen. Der „feindliche Akt“ ist also eigentlich keiner, sondern eher

eine stille Übereinkunft unter Verbündeten. Dabei ist aus dem Musterland der Demokratie längst auch ein Musterland der Überwachung geworden. Von einem kaputten Internet kann nicht die Rede sein, wenn die Homeland Security gezielt mit Denunziation arbeitet, die USA den kompletten Briefverkehr scannen oder bekannt wird, dass die Hardware in unseren Computern gezielt manipuliert wurde, um Hintertüren für US-Behörden zu schaffen.

Spitzenpolitiker aller im Bundestag vertretenen Parteien gaben sich überrascht und manche taten entrüstet, als Edward Snowden an die Öffentlichkeit trat, dabei war die Überwachung durch die NSA schon lange ein offenes Geheimnis. Spätestens seit 2001 ist gesichert, dass US-Behörden via Echelon große Teile unserer Kommunikation mithören. Aber bereits 1990 mussten zumindest Spitzenpolitiker genau wissen, wie intensiv die USA uns überwachen. Da wurde nämlich im Rahmen der Zwei-plus-vier-Gespräche vereinbart, dass die USA einen großen Teil ihrer Befugnisse aus der Besatzungszeit behalten dürfen – wozu unter anderem gehört, die Kommunikation in Deutschland großflächig abzuhören.

Das ist seit Adenauer so und war auch diesem schon genau bekannt. Überwachung ist in Deutschland und den westlichen Staaten nichts Neues, sondern seit Jahrzehnten ein ständiges Problem – neu ist nur das Ausmaß der technischen Möglichkeiten, die das Internet bietet. So etwas wie „gute und böse Staaten“ gibt es in Sachen Überwachung nicht, alle Regierungen vertreten mehr oder weniger ihre Interessen. Das politisch zu bohrende Brett ist sehr, sehr dick und kann nicht ohne weiteres bei der nächsten Bundestagswahl weggewählt werden. Im Gegenteil: Bevölkerung und Politik spielen Schwarzer Peter, wenn die Bevölkerung Lösungen von der Politik fordert, die Politik die Bevölkerung zum Verschlüsseln aufruft und sich am Ende keiner bewegt. Als ob wir uns darüber streiten, was besser ist: staatliche Gesundheitsprogramme oder das tägliche Zähneputzen.

DRITTE LEBENSLÜGE: PRIVATSPHÄRE IM INTERNET

Der internetaffine Mensch wusste schon immer: E-Mails sind nicht geschützt, ihr Versand entspricht dem einer offenen Postkarte, die von jedem mitgelesen werden kann, der sich in den Versandweg einklinkt. Wer Vertrauliches mitzuteilen hat, muss sich im Wald treffen oder eben seine E-Mail verschlüsseln. Natürlich kann Verschlüsselung als technische Lösung ein soziales Problem wie Überwachung nicht beheben, aber wer lässt schon permanent seine Haustür offen stehen, weil Einbruch und Diebstahl zunächst mal ein soziales Problem sind?

Dabei ist es durchaus möglich, private Refugien im Internet per Verschlüsselung zu schaffen. Diese Refugien heißen aber nicht Facebook oder Google. Diese Dienste sind nicht plötzlich tabu – wer sie nutzt, sollte sich nur bewusst sein, dass sie ein öffentlicher Raum und nicht das eigene Wohnzimmer sind. Doch selbst ganz ohne PC und Smartphone hinterlassen wir ständig eine breite Datenspur. Der Kontrollverlust über die eigenen Daten ist nicht aufzuhalten – informationelle Selbstbestimmung verkommt angesichts des Internet vom Grundrecht zur Lebenslüge. Wie damals im Dorf. Da konnten wir auch nicht verhindern, dass unsere Nachbarn wissen, was wir so treiben. Gefährlicher als ein postprivates globales Dorf sind jedoch die Datensilos und Informationsmonopole, die es Staaten und Konzernen ermöglichen, Macht auszuüben.

VIERTE LEBENSLÜGE: DATENSCHUTZ

Wenn das Internet kaputt ist, dann sind die deutschen Datenschutzgesetze noch viel kaputter. Wir stellen Gutachten gegen Gutachten, wenn es darum geht, ob die Zustimmung zum Empfang eines Newsletter auf korrekte Weise geäußert wurde oder ob ein Anbieter für seine Dienstleistungen ein permanen-

tes Cookie in unserem Browser setzen darf. Tauschbörsennutzer bekommen regelmäßig Abmahnungen, aber es ist in Deutschland fast unmöglich, gegen Trolle oder Stalker vorzugehen, die uns das Leben zur Hölle machen können. Unser Datenschutz schützt uns kaum vor denjenigen, die uns wirklich wehtun könnten. Das kann vor allem der Staat – in Form der NSA, wenn wir in die USA einreisen wollen, aber auch in Form vieler deutscher Behörden vom Schulamt bis zum Jobcenter, die auf die eine oder andere Art Macht über uns haben. In Zeiten eines sowieso offenen Netzes steht nicht die Frage im Vordergrund, wie wir Daten vor Missbrauch schützen, sondern Menschen vor Diskriminierung.

Die Diskussion um den NSA-Skandal läuft aber in die entgegengesetzte Richtung. Von allen Seiten kommen Vorschläge, das Internet zu nationalisieren. Es klingt sinnvoll, das Safe-Harbor-Abkommen zu kündigen, das besagt, dass dem deutschen Datenschutz Genüge getan ist, wenn Daten in vermeintlich „sichere Drittstaaten“ wandern wie die USA. Es klingt auch sinnvoll, künftige Freihandelsabkommen an das Verhalten der NSA zu knüpfen, um die USA wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Und es klingt sinnvoll, ein nationales Internet zu errichten, das weitgehend vom Ausland abgekoppelt ist, um der Überwachung durch die NSA zu entgehen. Das würde zum Beispiel die heimische Internetwirtschaft stärken – am Ende bekommen wir aber ein Wettrüsten der Informationstechnologie wie zu Kaisers Zeiten. Die Hubschrauber, die die Bundesregierung im Tiefflug über die US-Botschaft schickte, erinnern fatal an die Kanonenbootpolitik eines Wilhelm II. Wenn wir erst Firewalls zu unseren Nachbarstaaten errichtet haben und das Netz voller Zensurfilter steckt, während deutsche Behörden und Konzerne unser Verhalten im Netz trotzdem überwachen – dann ist das Internet wirklich kaputt.

Dieser Text wurde mit Erlaubnis des Autors veröffentlicht



Ich habe ein da paar Punkte anzumerken zu
Deinem ... Bekenntnis.

Erstens: Ich muss das jetzt mal aussprechen, auch wenn das vielleicht einige Gefühle verletzt: Nein, das Internet ist nicht kaputt. Die Katzensgifts sind noch da, wo sie hingehören. Ich lerne immer noch spannende Menschen über das Netz kennen, führe dort gute Diskussionen und kann immer noch schnell und unkompliziert Dinge bestellen. Auf Facebook wird sich immer noch zum Eisessen, Feiern oder zu Demonstrationen und Revolutionen verabredet. Mein Internet ist jedenfalls noch heile. Gut, manchmal ist es ein bisschen langsam, das nervt, aber das liegt nicht an der NSA.

Ich verstehe Deine Verletztheit und deinen Ärger. Aber die meisten Dinge, die wir im Internet tun, funktionieren auch dann noch, wenn die NSA dabei zuschaut. Und ja, das ist einer der Gründe, warum keiner auf die Straße geht. Wenn Youtube bedroht ist, wie durch ACTA, dann werden die Leute sauer. Ohne Youtube is scheiße, dann geht man auf die Straße. Aber es gibt wenig Hinweise zu glauben, dass schwarze Hubschrauber im Vorgarten landen, weil man eine falsche E-Mail geschrieben hat.

Und wo wir dabei sind: Vergleiche. „Kränkung der Menschheit“ durch Internetüberwachung? Der Vergleich des überwachten Internets mit dem Massenmord an der Urbevölkerung Amerikas? Srsly? Geht's auch ne Stufe drunter? Komm mal runter, ey! Wir leben seit 10 Jahren mit der Überwachung. Dass wir mit ihr leben können ist keine Frage, sondern ein empirisch bewiesener Fakt.

Vielleicht ist das wichtigste, was wir jetzt tun sollten, erstmal mal runter zu kommen von diesem Gruseltripp auf den uns Snowden geschickt hat und uns ganz rational überlegen, was da eigentlich passiert und wo die wirklichen Bedrohungsszenarien dabei liegen. Das geht zum Beispiel, indem man sich noch mal den Überwachungsbegriff nüchtern anschaut und qualifiziert, wie ich es schon mal begonnen habe.

Zweitens: Du hast das Internet falsch eingeschätzt, sagst Du? Wenn Du gedacht hast, dass die auch von Dir viel gepriesene Offenheit des Netzes nicht dazu führt, dass auch jeder mit-

lesen kann, dann war das in der Tat eine fatale Fehleinschätzung. Und ich finde es gut, dass Du gedenkst, sie zu revidieren.

Wenn Du aber schreibst, dass das Internet zwar kaputt sei, aber die Idee der digitalen Vernetzung eben nicht, dann merke ich einfach, dass Du das Problem immer noch nicht durchdrungen hast. Lass mich etwas ausholen:

Wenn zwei Menschen sich bereits kennen

REPLIK 3: LIEBER SASCHA, WIR MÜSSEN REDEN ...

Michael Seemann ist von Sascha Lobo, als Rolemodel, Ideengeber und Vordenker, enttäuscht. Der freie Journalist und Kulturwissenschaftler spricht ihn deswegen am 17. Januar 2014 auf seinem Blog www.mspr0.de an.

und sich vertrauen, können Sie ihre Public Keys austauschen und verschlüsselt kommunizieren. Ich vermute aber, dass Du mit „digitaler Vernetzung“ etwas anderes meinst. Das Wunder der digitalen Vernetzung findet dann statt, wenn einander völlig unbekannte Menschen sich finden. Wenn sie aufeinander stoßen, weil sie die selbe Leidenschaft teilen, weil sie sich in ihrer Empörung über die Zustände zusammenfinden, weil sie diese eine spezielle sexuelle Vorliebe teilen, oder weil sie spannende Ansichten haben, die sie diskutieren wollen, nein müssen, weil: there's someone wrong on the internet! Das Sich-finden und Vernetzen von einander Unbekannten durch Wünsche, Interessen und sonstiger Eigenschaften – diese Idee der digitalen Vernetzung geht nur in einer offenen Infrastruktur, mit Menschen, die ihre Wünsche, Interessen und sonstigen Eigenschaften offen kommunizieren, sie geht nur mithilfe von indizierenden Algorithmen und großen Datenbanken, sie geht nur mit mächtigen Abfragesystemen, die diese Unbekannten finden und ja, vernetzen. Und es gibt kein anderes denkbare Tool, das dieses Wunder äh-

lich toll vollbringen könnte wie das Internet es täglich tut und gleichzeitig abhörsicher gegen Dritte ist. No. Fucking. Way.

Das Internet ist eine so effektive Vernetzungsmaschine, dass man sich nicht immer aussuchen kann, mit wem sie einen vernetzt. Zum Beispiel mit der NSA. Und die Kränkungen, von der Du sprichst, wird anhalten, solange das nicht begriffen wird.

Natürlich hat auch mich das Ausmaß der Ausnutzung dieses Kontrollverlusts durch die Geheimdienste überrascht. Natürlich stehe ich auch staunend vor dieser übermächtigen Kulisse und bekomme den Mund nicht zu. Und auch ich habe dazugelernt. Ich habe zwar nie etwas gegen Crypto gesagt aber die Wichtigkeit, jedem die Möglichkeit einzuräumen, verschlüsselt zu kommunizieren, ist mir erst seit Snowden wirklich bewusst geworden. Gleichzeitig ist mir aber auch klar geworden, dass Crypto uns nicht retten wird. Vor allem wird Crypto nicht die Idee der digitalen Vernetzung retten.

Drittens: Das heißt nicht, dass die NSA nicht bekämpft werden muss. Man sollte sich nur die richtigen Ziele setzen und die richtigen Methoden wählen. Vor allem sollte man klar aus-

machen, wer der Gegner ist.

- » Der Gegner ist der Staat und nicht, wie die FAZ ständig abzulenken versucht, die Unternehmen. Jeder Geheimdienst ist ein zutsätzliches Überwachungsproblem in jedem Land. Die Geheimdienste sind international vernetzt und kooperieren, wann immer es ihnen in den Kram passt. Mehr Mittel für die Geheimdienste? Not so much, lieber Sascha.
- » Natürlich kann man gegen die Überwachung ankämpfen. Es lässt sich aber meines Erachtens kein technisches oder politisches Szenario vorstellen, bei dem der Überwachung effektiv Einhalt geboten wird. Es lässt sich aber sehr wohl für transparentere Prozesse in Geheimdiensten einsetzen. Es lässt sich gut für besseren Whistleblowerschutz einsetzen. Man kann die Geheimdienste gegenüberwachen. In den USA kann man für eine Reform des unsäglichen FISA kämpfen. Es lässt sich für mehr Geheimdienstkontrolle kämpfen oder für die Beschneidung von Budgets und Kompetenzen. Jeder Euro und Dollar, der – weltweit – nicht in Geheimdienste fließt, hilft die Überwachung einzuschränken oder

zumindest nicht schlimmer werden zu lassen. Aber los werden wir die Überwachung nicht mehr.

» Und deswegen werde ich nicht mit dir in den aussichtslosen Kampf ziehen, denn im Gegensatz zum Kampf gegen den Hunger, den Du als mal wieder unpassenden Vergleich anführst – der immer wieder einzelne Menschen vor dem Tod bewahrt – bringt dieser Kampf hier niemanden weiter. Im Gegenteil. Er lenkt uns ab von den Kämpfen, die nicht nur gewonnen werden können, sondern wo konkrete Freiheiten auf dem Spiel stehen: Ohne Netzneutralität werden wir die Meinungsgleichwertigkeit im Netz verlieren, die Vorratsdatenspeicherung bringt uns vielleicht wirklich das BKA ins Schlafzimmer, das Urheberrecht schränkt die Leute tagtäglich wirklich in ihren Freiheiten ein, bedroht sie nicht selten existentiell und aus Brüssel dräut noch viel schlimmeres Ungemach.

Viertens: Politik, Wirtschaft und Netzgemeinde sind also gekränkt, wie du schreibst – ich würde eher sagen: „verletzt“, denn ich will das gar nicht abstreiten. Und wie ich schrieb, werden sie immer wieder verletzt werden, solange sie mit den falschen Mitteln und den falschen Erwartungen gegen die falschen Gegner ziehen. Solange man nicht seine Strategien am neuen Spiel ausgerichtet hat, dessen erste und wichtigste Regel ist: „Man kann das Spiel nicht gegen den Kontrollverlust gewinnen.“ Wer seine Strategie darauf aufbaut, den Kontrollverlust wieder eindämmen zu können, hat keine Strategie.

» Die internationale Politik ist dem Überwachungsregime übermächtiger Geheimdienste schutzlos ausgeliefert? Geheime Absprachen funktionieren also nicht mehr? Hatten wir das nicht schon 2010, nach der Veröffentlichung der „diplomatic Cables“ durch Wikileaks? Die Politik der Hinterzimmer ist vorbei! Wer sich in intransparente Verfahren begibt, ist denjenigen ausgeliefert, die sich die größten Informationsvorsprünge erschleichen können. Eine transparente Politik ist keine neue Forderung. Aber in der Zeit nach Snowden wird sie existentiell. Auch Politiker müssen transparenter werden. Ja, auch privat. Es darf nicht sein, dass Politiker durch Geheimdiensten erpressbar sind. Besser die Presse berichtet, als dass der GCHQ diese Information exklusiv hat. Ja, Politiker müssen Post-Privacy werden.

» Die Wirtschaft wird ausspioniert? Geistiges Eigentum entwendet, internationale Aus-

schreibungen werden erschlichen? Dann funktionieren die Konzepte Geistiges Eigentum und internationale Ausschreibungen eben nicht mehr. Es ist ja nicht so, als sei das ein neues Problem. Die Musikbranche arbeitet sich seit fast 20 Jahren durch diesen Transformationsprozess. Die Zeitungsbranche ist mittendrin und die Buchbranche hat noch nicht ganz begriffen, dass sie ebenfalls ihre Strategien anpassen muss. Nun ist das Problem des Kontrollverlusts durch die NSA eben auch bei den Großen angekommen. Die Piraten sind diesmal nicht irgendwelche Kids mit DSL, sondern Boeing, Chrysler und Halliburton und ihr Bittorrentclient heißt NSA. Natürlich wird das zu Disruptionen führen. So lange, bis verstanden wurde, dass das Geheimhalten und Zurückhalten von Informationen, Technologien oder Verhandlungsspielräumen als Strategie nicht mehr funktioniert.

» Auch die Netzgemeinde ist verletzt, das stimmt. Aber Du überträgst Deinen Fehler, die Überwachungsmöglichkeiten des Netzes nicht gesehen und thematisiert zu haben, auf die Netzszene. Das ist unfair. Keine gesellschaftliche Gruppe hat ausdauernder und deutlicher vor der Massenüberwachung durch digitale Technologien gewarnt. Natürlich gilt, dass das Ausmaß und die Ruchlosigkeit von niemandem korrekt eingeschätzt wurde, aber am korrektesten doch wohl von der Hacker- und Netzszene.

» Dennoch ist die Verletztheit spürbar. Besonders auf dem Chaos Communication Congress schwebte sie im Raum. Die Community ist zusammengerückt. Trotz Besucherrekord war es der kuscheligste und heimeligste Kongress, auf dem ich bislang war. Auch die Talks, vor allem die über die Geheimdienste, waren getragen von einer aufbrausenden Emotionalität. Sie mündeten oft in Brandreden und pathetischen Selbstvergewisserungen. Die Hacker, so hatte ich den Eindruck, fühlen sich in ihrem ganzen Selbstverständnis angegriffen. Die Wunden liegen offen und werden einander vorsichtig geleckt.

» Das Eingeständnis der eigenen Hilflosigkeit steht aber noch aus. Die Erkenntnis wird vermutlich hart. So hart, wie sie glaubten, dass die Grundrechte seien. So hart wie man sich die „Informationelle Selbstbestimmung“ vorstellte, dieses falsche Versprechen der deutschen Gesetzgebung. Diejenigen, die diese Rechte schützen sollten, sind diejenigen, die sie im Zweifel mit Füßen treten.

Fünftens und letztens: Die ganze Aktion stinkt! Schon die Vorabmeldung der FAZ macht klar, dass es hier nicht um einen Debattebeitrag geht. Es geht um die Trophäe Sascha Lobo. „Schaut her. DER deutsche Internetguru höchstpersönlich hat die Seiten gewechselt. Hier sein Widerruf!“ Du gestehst mir zu, dass sich mir bei dieser Aufführung des Gangs nach Canossa der Magen umdreht.

Es tut mir weh – ja, hier bin ich verletzt – Dich so zu sehen. Du warst mal ein Vorbild in vielerlei Hinsicht. Ein Rolemodel, ein Ideengeber und Vordenker. Ich habe Deine Autorität in Netzfragen immer wieder überall verteidigt. Aber jetzt ist Deine Emotionalität mit Dir durchgegangen und du hast Dich verrannt.

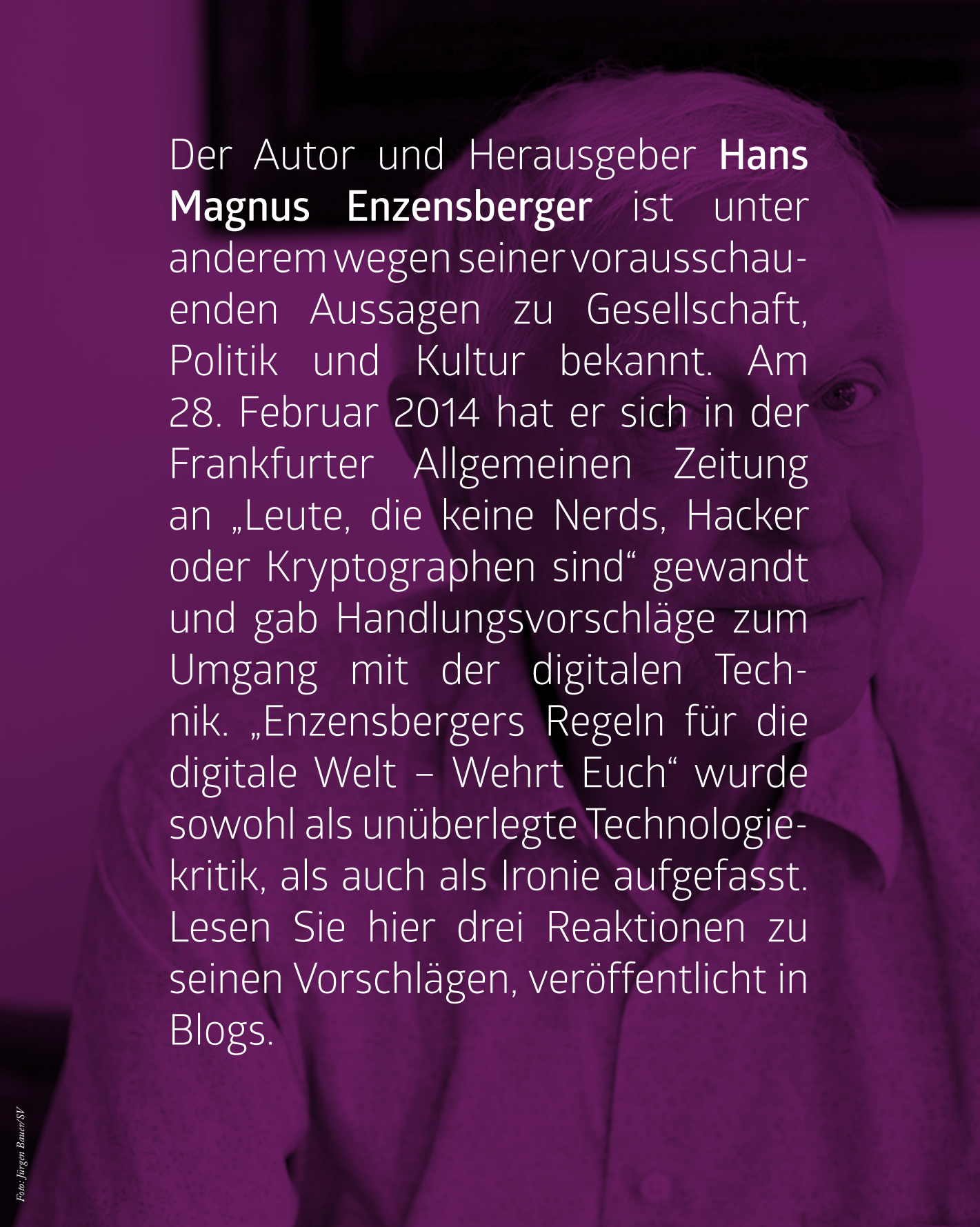
Mag sein, dass Dein Text ambivalent interpretierbar ist. Er hat aber auch nicht genügend Substanz, um sich gegen eine solche Instrumentalisierung zu wehren. Er verkommt zum Beiwerk und zum Stichwortgeber der Kampagne, mit der die FAZ ihre Agenda für ein durchreguliertes Schlandnet durchsetzen will. Und natürlich war Dir das als der absolute Medienprofi, der Du nun mal bist, auch absolut bewusst. Ein paar knallige Aussagen zum Vorabzitiern, der Rest wabert im Ungefähren. Auch ich weiß nicht, was Du meinst, mit Deinen fabulösen Forderungen nach einem neuen Internetoptimismus. Erneuerungen von unhaltbaren Versprechen oder einen echten Neuanfang? Ich weiß nicht, was du meinst, wenn du von Dezentralisierung sprichst. Dezentralisierung von was? Meinst Du die Renationalisierung des Netzes, wie Deine neuen Freunde oder wirkliche distributed Open Source-Lösungen? Welche? Und was willst Du damit erreichen?

Lieber Sascha, Du wirst in Zukunft konkreter werden müssen in Deinen Forderungen – auch damit ich sehen kann, ob wir überhaupt noch auf der selben Seite stehen.

Dieser Text wurde mit Erlaubnis des Autors veröffentlicht



Foto: republica | <https://pic.kr/p/7UM2P1> | CC-BY 2.0 | <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

A portrait of Hans Magnus Enzensberger, an elderly man with white hair, wearing a dark suit and a light-colored shirt. The image is overlaid with a semi-transparent purple filter. The text is positioned on the left side of the image, over the purple overlay.

Der Autor und Herausgeber **Hans Magnus Enzensberger** ist unter anderem wegen seiner vorausschauenden Aussagen zu Gesellschaft, Politik und Kultur bekannt. Am 28. Februar 2014 hat er sich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung an „Leute, die keine Nerds, Hacker oder Kryptographen sind“ gewandt und gab Handlungsvorschläge zum Umgang mit der digitalen Technik. „Enzensbergers Regeln für die digitale Welt – Wehrt Euch“ wurde sowohl als unüberlegte Technologiekritik, als auch als Ironie aufgefasst. Lesen Sie hier drei Reaktionen zu seinen Vorschlägen, veröffentlicht in Blogs.

Jetzt fallen also alle über Enzensberger her, der sich die Freiheit genommen hat zu sagen, man sollte sein Smartphone wegwerfen. Rückwärtsgewand sei das, war noch die freundlichste Beschreibung für den Text. Das „Wehrt Euch“ in der Überschrift wird als Technologiekritik verstanden, Enzensberger fordert eine Rückkehr zur Schreibmaschine und zur guten alten Briefpost.

Ja, das Ding von Enzensberger liest sich im ersten Moment, als sei Karl Kraus kurz mal durchs 21. Jahrhundert gehüpft. Ja, da steht auch provokativer Quatsch drin, der knapp am Trollen vorbeischrämmt, aber es ist ja auch nicht das erste Mal, dass er zu diesem Stilmittel greift. Und so ganz unrecht hat er auch nicht. Dafür muss man seinen empörten „Der will mir mein Handy wegnehmen“ Blick vielleicht für einen Moment mal erheben und selbigen über den Tellerrand schweben lassen. Dazu gehört auch die Frage, aus welchem gedanklichen Umfeld so Überlegungen kommen könnten, immerhin ist Enzensberger ja kein weltfremder Vollidiot.

Enzensberger sieht in der Technologie (Smartphone) eine Kontroll- und Repressionsapparatur, die den klassischen Freiheitsbegriff des liberalen Bürgertums untergräbt. Dass nämlich weder ein Unternehmen noch der Staat im Leben der Menschen etwas zu suchen hat, bzw. seine Freiheitsrechte gefährden darf.

Beide Seiten haben sich rauszuhalten, der Staat ist dafür da, Übergriffe auf die Freiheit seiner Bürger abzuwehren, in dem er sich auf die Seite der Bürger stellt. Stattdessen, und das beklagt er ja nicht zu Unrecht, geschieht das Gegenteil, der Bürger wird alleine gelassen, soll zustimmen, aushalten und der Erosion der Bürgerrechte still zu sehen. Enzensberger vertritt die Sichtweise aus den 50er und 60er Jahren (Habermas u.a.) gemischt mit ein wenig 68er-Folklore, und alles ist auch aus dem Idealbild des Liberalismus des frühen 20. Jahrhunderts abgeleitet. (Es ist eine Form des egalitären Liberalismus, die er vertritt.) Der Mensch ist grundsätzlich frei und vor allem kann er über seine Wahlstimme kontrollieren, welchen Weg der Staat einschlagen soll.

Enzensberger scheint davon auszugehen, dass die Postdemokratie schon längst gesiegt hat. Dass also wirtschaftliche Interessen und Unternehmen den politischen Entscheidungs-

prozess dominieren. Die individuelle Freiheit ganzer Teile der Gesellschaft muss hinter diesen Interessen nachstehen. Er geht so weit, dass auch die Kontrolle über die wirtschaftliche Freiheit nicht mehr gewährt ist. Zum einen, weil Unternehmen mittlerweile mehr wollen, als nur unser Geld (Daten) zum anderen, weil sich Unternehmen mehr und mehr einer nationalen Kontrolle entziehen (Google, Apple usw.). Durch das Netz, so seine Kritik, schau-

zwingend der eines misanthropischen Technologie Verächters. Auch wenn er es sich ein wenig einfach macht, wenn er die Schuld nur bei Technik sieht und nicht bei den Menschen, die sie nutzen.

Und da setzt dann auch Kritik an dem Text an. Er macht es sich ein wenig einfach, wenn er die Schuld bei der Technologie sucht und nicht etwa im Versagen der Politik bzw. des Liberalismus, der Sozialdemokratie (damit meine ich nicht die Partei) und der ethischen Verantwortung der Wirtschaft. Er könnte auf Parteien, Wahlsysteme usw. einprügeln, aber er hat sich die Technologie ausgesucht.

Der Verzicht auf Technologie ändert aber nichts am Status quo, auch wenn er das gerne hätte. Er glaubt, dass man durch den Verzicht die Angriffe auf Bürgerrechte und die Postdemokratie trocken legen kann („Pleite gehen lassen“), versäumt aber den Blick etwas weiter zurückzuwerfen. Denn die Geburt der Probleme liegt nicht in den 2000er, sondern im Zusammenbruch des Kommunismus zu Beginn der 90er. Seit dem hat der Kapitalismus kein Gegengewicht in Form eines anderen Systems hat, hat er sich gewandelt und der Postdemokratie Tür und

Tor geöffnet. Deswegen greifen die „Regeln“ von Enzensberger auch zu kurz, Sie sind ein trauriger Versuch, die Notbremse zu ziehen, um bestimmte Symptome zu bekämpfen, verbunden mit der Hoffnung, dass das „System“ dann schon wieder zur Vernunft kommen würde.

Das Bedauerliche an dem Text ist eigentlich, dass er so hilflos wirkt. Wenn selbst jemand wie Enzensberger nur noch zu symbolischen Mitteln auffordert, wenn ihm nicht mal mehr ein Angriff auf die Staatsphilosophie gelingt, wenn ihm keine andere Lösung einfällt, als die Technologie zu verbannen, dann ist das schon eine kleine Bankrotterklärung.

Dieser Text wurde mit einer CC BY-NC-ND 3.0 DE – Lizenz veröffentlicht.

REPLIK 1: ENZENSBERGER UND DIE WELTREVOLUTION

Don Dahmann – Journalist, Berater, Blogger – hat diesen Artikel als ausführlichen Kommentar zu einem Google Plus Posting von Jürgen Kuri veröffentlicht, der den Aufruf von Enzensberger als entfernt „vom jedwedem Weltverständnis“ und „fürchterlich lächerlich“ beschreibt. Auf seinem Blog DonDahmann.de hat Don Dahmann am 2. März 2014, sowohl auf Kuris Posting, als auch auf Lobos Text, reagiert.

felt sich der Liberalismus sein eigenes Grab, weil er den Unternehmen und der Totalüberwachung (kritisiert er ja auch) quasi kampfflos den Weg freiräumt.

Er verteufelt gar nicht die Technologie an sich, nur das, was andere damit anstellen, bzw. wie diese Technologie dazu genutzt wird, dass er seine Bürgerrechte nach und nach verliert. Er formuliert die Angst vor einer postdemokratischen Technokratie, in denen „seine“ Freiheitsrechte nichts mehr gelten, weil sie sich der Überwachung und dem wirtschaftlichen Fortschritt unterordnen müssen. Er wehrt sich gegen die Banken, die ihr Überleben und die Geldvermehrung über das Wohl ganzer Gesellschaften stellen und die mehr Kontrolle und Macht haben, als es ihm in seinem Verständnis von Bürgerrechten lieb ist. Er beklagt den Verlust von Kontrolle über sein Leben, seine Freiheit und sein Geld. (Parallel beklagt er auch die Dooftheit der Menschen, die für „Umsonst“ Angebote sämtliche Freiheiten aufgeben.)

Er weiß wohl, dass derartige Rechte, sind sie einmal verschwunden, sich nicht so leicht wiederherstellen lassen. Der Artikel ist nicht



Foto: Jochen Wagner
<https://flickr.jp/e6X3st/> | CC
BY-NC-SA 2.0 | <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/>

Es ist vollkommen klar, daß die Bewußtseins-Industrie in den bestehenden Gesellschaftsformen keines der Bedürfnisse, von denen sie lebt und die sie deshalb anfachen muß, befriedigen kann, es sei denn in illusionären Spielformen. Es kommt aber nicht darauf an, ihre Versprechungen zu demolieren, sondern darauf, sie beim Wort zu nehmen und zu zeigen, daß sie nur kultur-revolutionär eingelöst werden können. Sozialisten [...] die die Frustration der Massen verdoppeln, indem sie ihre Bedürfnisse zu falschen erklären, machen sich zu Komplizen eines Systems, das zu bekämpfen sie angetreten sind.

Hans-Magnus Enzensberger hat 1970 seinen „Baukasten zu einer Theorie der Medien“ veröffentlicht. Eigentlich ist dieser Baukasten ein Text über die elektronischen Medien, der Brechts Radiotheorie samt ihres utopischen Gehalts aufnimmt und aktualisiert. Und es ist ein erstaunlich klarsichtiger Text über die Ambivalenz der Medien, die Utopie der Entfesselung ihrer emanzipatorischen Möglichkeiten und die Gefahr, auf der Suche nach Reinheit als linke Bewegung eine Position einzunehmen, die elektronische Medien verdammt – eine Position, die Enzensberger zurecht sowohl als sektiererisch als auch als unproduktiv bezeichnet.

Die elektronischen Medien räumen mit jeder Reinheit auf, sie sind prinzipiell „schmutzig“. Das gehört zu ihrer Produktivkraft. Sie sind ihrer Struktur nach anti-sektiererisch [...]

Über weite Strecken liest sich der Text – aus dem alle Zitate hier stammen – nicht so, als sei er 1970 entstanden (na gut, wenn der Begriff „sozialistisch“ durch ein zeitgemäßeres Adjektiv ersetzt wird), sondern wie ein Text aus der Hochzeit der utopischen Überhöhung des Internet. Computer tauchen bei Enzensberger auf, das Internet steht aber noch in der Zukunft.

Die elektronischen Medien haben das Informationsnetz nicht nur intensiv verdichtet, sondern auch extensiv ausgedehnt. Schon die Ätherkriege der fünfziger Jahre haben gezeigt, daß die nationale Souveränität im Kommunikationsbereich zum Absterben verurteilt ist. Die Weiterentwick-

lung der Satelliten wird ihr vollends den Garaus machen. Informations-Quarantänen, wie sie der Faschismus und der Stalinismus verhängt haben, sind heute nur noch um den Preis bewußter industrieller Regression möglich.

Enzensbergers Baukasten ist bei aller Utopie ein abwägender Text, der nicht daran glaubt, dass eine bestimmte Technik eine bestimmte

den 1970er Jahren ist heute aber nicht nur als historisches Stück interessant, bei dem trefflich darüber diskutiert werden kann, was sich bewahrheitet hat, und was nicht, und jeweils natürlich auch, warum das so ist, sondern auch als Kontrastfolie zu einem Text eines gewissen Hans Magnus Enzensberger, der 2014 in der FAZ erschienen ist, und der den Titel „Wehrt euch!“ trägt. Wer – etwa aufgrund des Baukastens – dort eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Kommunikationsmedien in den Händen der Masse erwartet, liegt allerdings falsch.

Zum ersten Mal in der Geschichte machen die Medien die massenhafte Teilnahme an einem gesellschaftlichen und vergesellschafteten produktiven Prozess möglich, dessen praktische Mittel sich in der Hand der Massen selbst befinden. Ein solcher Gebrauch brächte die Kommunikationsmedien, die diesen Namen bisher zu Unrecht tragen, zu sich selbst. In ihrer heutigen Gestalt dienen Apparate wie das Fernsehen oder der Film nämlich nicht der Kommunikation, sondern ihrer Verhinderung. Sie lassen keine Wechselwirkung zwischen Sender und Empfänger zu: technisch gesprochen, reduzieren sie den feedback auf das systemtheoretisch mögliche Minimum.

Dieser Sachverhalt läßt sich aber nicht technischen begründen. Im Gegenteil: die elektronische Technik kennt keinen prinzipiellen Gegensatz von Sender und Empfänger.

Nein, „Wehrt euch!“ ist keine sorgsame Ausarbeitung, und auch keine Anleitung zur gegenöffentlichen Nutzung elektronischer Medien. Nein, der Text ist – wenn ich das so sagen darf – ein ziemlich platter Boykottaufruf für alles, was nach 1970 erfunden worden ist. Ein Rundumschlag, der nichts gelten lässt, und erst recht nicht die Politik. Egal, ob Mobiltelefon („Wegwerfen!“), Online-Banking („Segen für Geheimdienste und Kriminelle“), Kreditkarten („Überwachung!“), E-Mail („Überwachung!“), Internet of Things („Überwachung!“), Online-Einkauf („sollte man meiden!“), Privatfernsehen und große Internetkonzerne („Werbeterror!“) oder Facebook („Krake!“) – alles ist böse, schlecht und gemein.

mediale Verwendungsweise diktiert. Das wäre Technokratie, auch die Hoffnung in die Technik zu legen, und deren Politik auszuklammer. Enzensberger sieht Potenziale, und er zeigt, wie technologische Weiterentwicklungen, insbesondere die Dezentralisierung der elektronischen Medien, bestimmte Verwendungsweisen erleichtern – die es dann politisch durchzusetzen gilt. Beispiel Telefon:

Der Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten ist den elektronischen Medien nicht inhärent; er muß vielmehr durch ökonomische und administrative Vorkehrungen künstlich behauptet werden. [...] Während [der Telegraf] bis heute in der Hand einer bürokratischen Institution verblieben ist, die jeden gesendeten Text überprüft und archivieren kann, ist das Telefon jedem Benutzer direkt zugänglich; er erlaubt, mit Hilfe der Konferenzschaltung, sogar den kollektiven Zugriff räumlich entfernt diskutierender Gruppen.

Diese ambivalente Utopie der Medien aus

/ REPLIK 2:
**DAS OFFENBARE
 GEHEIMNIS DER
 ELEKTRONISCHEN
 MEDIEN IST IHRE
 MOBILISIERENDE
 KRAFT**

Till Westermayer – Soziologe und Politik-Berater – wirft einen genauen Blick auf Enzensberger „Baukasten einer Theorie der Medien“. Seine Analyse erschien am 2. März 2014 auf blog.till-westermayer.de

Tendenziell heben die neuen Medien alle Bildungsprivilegien, damit auch das kulturelle Monopol der bürgerlichen Intelligenz auf. Hier liegt einer der Gründe für das Ressentiment vermeintlicher Eliten gegen die Bewußtseins-Industrie.

Jetzt möchte ich gar nicht behaupten, dass „Wehrt euch!“ inhaltlich komplett falsch ist. Vieles von dem, was Enzensberger den Medien der digitalen Welt zuschreibt, stimmt. Bloß ignoriert er halt alles, was nicht schlecht ist. Denn es ist komplizierter, mit den digitalen Medien, ihrer Aneignung, ihren strukturellen Begrenzungen und ihrer ökonomischen und administrativen Kontrolle – , und das alles geht bei seiner Generalpolemik unter. Ich weiß nicht, ob es am Alter liegt, oder daran, dass viele der Hoffnungen, die z.B. im Baukasten angedacht wurden, sich nicht erfüllt haben – enttäuschte Liebe als Motiv? –, jedenfalls liest sich „Wehrt euch!“ wie eine Überreaktion, ein „Kehrt um!“ , das radikal zum technischen Stand von ... 1970? ... zurückkehren möchte.

Tonbandgeräte, Bild- und Schmalfilmkameras befinden sich heute schon in weitem Umfang im Besitz der Lohnabhängigen. Es ist zu fragen, warum diese Produktionsmittel nicht massenhaft an den Arbeitsplätzen, in den Schulen, in den Amtsstuben der Bürokratie, überhaupt in allen gesellschaftlichen Konfliktsituationen auftauchen. [...] Selbstverständlich wehrt sich die bürgerliche Gesellschaft gegen solche Aussichten mit einer Batterie von juristischen Vorkehrungen. Sie beruft sich auf Hausrecht, Geschäfts- und Amtsgeheimnis. Während ihre Geheimdienste in alle vier Wände eindringen und sich in die intimsten Gespräche einschalten, schützt diese Gesellschaft rührende Vertrauensverhältnisse vor und zeigt sich mimosenhaft um den Schutz von Privatsphäre besorgt, an denen weiter nichts privat ist als das Interesse der Ausbeuter.

Youtube gehört Google. Aber Youtube ist heute auch ein Kanal, auf dem Skandale aufgedeckt werden. Mobiltelefone lassen sich abhören und verführen dazu, ständig online zu sein. Aber Mobiltelefone sind ein „Produktionsmittel“ für Bild- und Tonproduktionen, dass jede/r jederzeit bei sich trägt. Facebook und Twitter sind datenhungrig und lassen – aber sie stellen zugleich die Plattform da, auf der Berichte, Gerüchte und Meinungen in Sekundenschnelle breite Massen erreichen, und so die Welt näher zusammenrücken lassen.

Kommunikationsnetze, die zu solchen Zwecken aufgebaut werden, können über ihre primäre Funktion hinaus politisch interessante Organisationsmodelle abgeben. [...] Hinweise zur Überwindung dieses Zustandes könnten netzartige Kommunikationsmodelle liefern, die auf dem Prinzip der Wechselwirkung aufgebaut sind: eine Massenzeitung, die von ihren Lesern geschrieben und verteilt wird, ein Videonetz, politisch arbeitender Gruppen usw.

Letztlich verstehe ich den radikalen Boykottaufruf nicht, erst recht nicht, wenn er in einem Text verpackt ist, der auf der Online-Seite einer bürgerlichen Zeitung erscheint, dort massiv kommentiert wird, und von Enzensberger vermutlich nicht auf Postkarten an die FAZ geschickt wurde. Überhaupt müsste das einmal jemand kontrollieren – also, dass Enzensberger kein Privatfernsehen schaut, verstehe ich ja gut, aber hat er wirklich kein Mobiltelefon, nutze keine E-Mail, keine EC-Karte, kauft nie etwas online? (Ach ja: „Einzelne Adressen, die man gut kennt, können als Ausnahmen durchgehen.“) – Oder ist der Holzhammer nur rhetorisches Stilmittel in Zeiten, in denen Sarrazins für Intellektuelle gehalten werden?

Die elektronischen Medien verdanken ihre Unwiderstehlichkeit nicht irgendeinem abgefeimten Trick, sondern der elementaren Kraft tiefer gesellschaftlicher Bedürfnisse, die selbst in der heutigen depravierten Verfassung dieser Medien durchschlagen.

Apropos Sarrazin: Fast noch schlimmer als den unreflektierten Rundumschlag finde ich das Weltbild, das in „Wehrt euch!“ bei genauerem Lesen durchscheint. Denn böse sind nicht die Geräte, sondern die Mächte dahinter. Die, die „die sie uns anpreisen, um unermessliche Reichtümer anzuhäufen“ und die, die Menschen kontrollieren wollen. Industrien, Kriminelle, Regierungen. Banken, Sicherheitsbehörden, Finanzämter. Geld. Geld. Geld. „Ähnliches gilt für Politiker“. Finanzmärkte. Geheimdienste. Die großen Internetkonzerne. Amerikanische Großkonzerne. Geheimdienste. Krake. Passivität der Parteien. Oder, um die Liste, die sich durch den Text durchzieht, zusammenzufassen: die (kriminellen) Finanzmärkte und amerikanischen Großkonzerne, die Geheimdienste und die (korrupten) PolitikerInnen. Oder, noch kürzer: Die da oben haben sich gegen uns, den kleinen Mann, verschworen!

Die gespeicherte Information steht dem Zugriff aller offen, [...] Es genügt, das Modell einer Privatbibliothek mit dem eines vergesellschaftlichten Speichergeräts zu vergleichen, um den strukturellen Unterschiede beider Systeme zu erkennen.

Das ist, in zwei Sätzen, die halbe Utopie des Internets. Schade, dass Enzensberger ganz woanders angekommen ist.

Warum blogge ich das? Die Kommunikationsnetzwerke, die 1970 erträumt wurden, sind heute da. Sie sind überwiegend im Besitz großer, amerikanischer Konzerne, und nicht die dezentralen Module sozialistischer Kollektive. Diese Firmen werden mit Daten bezahlt, und mit der Erlaubnis, uns mit Reklame zu bombardieren. Vieles von dem, was dort stattfindet, könnte leicht als falsches Bedürfnis dargestellt werden. Aber deswegen in einer Welt ohne weltumspannende Kommunikation leben wollen, in der noch nicht einmal E-Mail-Kommunikationen erlaubt sind? Das wäre nicht meine.

Es geht nicht darum, „Fallstricke“ im digitalen Raum zu vermeiden und dann im vor-digitalen Zeitalter zu landen. Nein, es muss – trotz, ja wegen NSA etc. – darum gehen, die ökonomischen und administrativen Strukturen des Netzes immer wieder zu politischen Themen zu machen. Und auch deswegen halte ich einen totalen Boykottaufruf für kindisch.

Dieser Text wurde mit einer CC-BY Lizenz veröffentlicht.



Foto: blog.tilt-westermeyer.de, abgedruckt mit Erlaubnis des Autors, Tilt Westermeyer

Echte Medienkompetenz (Und Technologiekompetenz) bedeutet für mich nicht 10 „richtige“ Antworten auf die Bedienbarkeit von Medien zu geben. Medienkompetenz bedeutet für mich mindestens 10 kritische Fragen mir selbst gegenüber zu stellen, sobald ich Medien oder Technik benutze (sowohl konsumieren wie publizieren)

Die neuen Medien sind ihrer Struktur nach egalitär Hans Magnus Enzensberger in „Baukasten zu einer Theorie der Medien. Mit Sorge blicke ich einmal mehr auf das Feuilleton der FAZ. Frank Schirmmacher holt erneut zum großen Schlag gegen die Mensch-Maschinen-Welt aus und bedient sich zum Auftakt seiner Serie den Gedanken des Schriftstellers und wichtigen Denkers einer Post-Adorno-Medientheorie Hans Magnus Enzensberger. Dieser formuliert fast schon in der Pop-Ästhetik von „Internet-Memen“ 10 knackige Regeln für die digitale Welt. Als ich diese Regeln las, passierte in mir als Leser etwas interessantes. Zuallererst war ich irritiert – was ich grundsätzlich begrüße, denn nur im Bruch mit der Wirklichkeit entstehen neue Denkprozesse. Enzensberger ein für mich kluger Medientheoretiker serviert mir also ein BuzzFeed-Artikel. Okay. Erst mal sacken lassen.

Im zweiten Schritt überlegte ich mir dann: Wie könnte Enzensberger das jetzt „wirklich“ gemeint haben? Entweder ist sein Regelwerk für mich als Teil der digitalen Generation so unerhört, dass ich mich vehement gegen seine Tipps wehre, er mich also mit meiner eigenen Technikabhängigkeit konfrontiert und ich sie reflexartig verdränge oder seine 10 Regeln lassen sich einordnen unter lupenreiner „Nostalgie“, im Sinne von „früher als es noch Postkarten gab, war die Welt noch in Ordnung“. Oder die 10 Regeln könnte man als Satire deuten (wofür ich mich nun entscheide und ich sie andeutungsweise auch bei Sascha Lobo meine zu erkennen), die in ihrer Überspitzung bewusst macht, dass es eben keine 10 einfachen Regeln geben kann. Ich entscheide mich für letzteres, denn ich kann ja nur raten und will meine Hochachtung vor Herrn Enzensberger noch eine Weile konservieren.

So oder so finde ich die Art der Ausführungen und den Kontext insgesamt enttäuschend.

Sie suggerieren ein Weltbild, in der technologischen Entwicklung eine unaufhaltsame Bedrohung ist. Für den Autor ist die Vision „turbokapitalistische Mensch-Maschine“, der total kontrollier- und durchschaubare Mensch nicht nur ein mögliches Zukunftsszenario, es ist für ihn anscheinend unumstößliche Realität. Das halte ich für sehr schwierig, denn er – und auch der Schirmherr der Artikelserie Frank

sein könnte. So ganz stimmt das mit den fanatischen Kontroll-Kybernetikern eben auch nicht. Es gab nämlich innerhalb der damaligen „Bewegung“ (ein Häufchen kunterbunter, sehr kluger Wissenschaftler) eine durchaus kritische Auseinandersetzung über die Frage ob der Mensch sich überhaupt so einfach kontrollieren und nachbauen lässt. Einer der wichtigen Denker der Kybernetik, Heinz von Foerster,

war bis zu seinem Lebensende auch der größte Kritiker von dieser Fantasie der Kontrolle und Berechenbarkeit. Er betrachtete mit großer Sorge das postulierte Weltbild „Der Mensch sei eine triviale, also durch und durch durchschaubare und nachbaubare Maschine“. Bis zum Lebensende war er davon überzeugt, der Mensch und schon gar nicht die komplexen Beziehungen in der er lebt, sei berechenbar. Das Bild der trivialen Mensch-Maschine, so von Foerster, sei nur eine grobe Metapher und hat in keinsten Weise etwas mit Realität zu tun. Doch diese Realität wurde Zug um Zug als Wirklichkeit konstruiert, unter anderem eben auch durch Medien:

„Allerdings betrieben nicht allein und ausschließlich die frühen Kybernetiker diese Parallelisierung von Mensch und Maschine oder von Gehirn und Computer; auch

Journalisten haben an der Verbreitung dieser Analogien ihren ganz gewaltigen Anteil. Es klang einfach aufregend, wenn man schreiben konnte: Das Gehirn funktioniert wie eine Maschine, ja schlimmer noch, es ist NICHTS ANDERES ALS eine Maschine.“

Von Foerster: „Die Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners“ S. 111

Die Geschichte der totalen maschinelle Kontrolle, der künstlichen Superintelligenz ist anscheinend einfach zu gut, als das sie von Journalisten ignoriert werden kann. Und sobald diese Metapher ausführlich in den Medien gespielt wird, festigt genau das auch wiederum zirkulär die Wirklichkeit der Medienempfänger. Ich lese uf dem aktuellen Spiegel-Titel: „Google strebt die Weltherrschaft an“ und denke somit „Ahh. Google strebt also tatsächlich die Weltherrschaft an.“ Das ist das massive „Problem“ des angeblich so objektiven Journalismus. Er will die Wirklichkeit beschreiben, also die Welt wie wirklich ist und ist sich dabei

REPLIK 3: ENZENSBERGER UND SCHIRRMACHER WIDER DIE SELBSTBESTIMMTE MEDIENKOMPETENZ

Patrick Breitenbach teilt am 4. März 2014 auf dem Blog der Karlsruhochschule International University seine Reaktion zu Enzensberger Umgang mit Medienkompetenz.

Schirmmache – tut im Grunde genommen etwas extrem Paradoxes: Er installiert und festigt ein Weltbild, obwohl er es eigentlich zugleich bekämpfen will. Denn um etwas zu bekämpfen muss es schließlich zunächst einmal existent sein. Sonst wäre der Kampf ja unsinnig. Indem man behauptet es IST da, ist es halt auch bei den unreflektierten Lesen tatsächlich da. Woher sollten Mensch es sonst wissen? Doch nur aus den Medien. Soweit zu Enzensberger.

In Frank Schirmmachers Artikel u.a. über den Selbstoptimierungswahn argumentiert er u.a. mit den Kybernetikern, die sich zeitweise der Vision hingaben Menschen wie Maschinen zu betrachten, um sie zugleich bestmöglich kontrollieren zu können (Da waren sie vermutlich nicht die Ersten und werden nicht die Letzten sein und es sagt doch eher viel mehr über menschliche Herrschaftsphantasien aus als über Technologie, oder?). Nur ist es eben auch ein Unterschied ob man einer Fantasie folgt oder ob es Wirklichkeit ist oder

leider viel zu selten bewusst – oder hinterfragt sich kritisch –, dass er die Wirklichkeit gleichzeitig mit erschafft, indem der Journalismus (was ist eigentlich DER Journalismus?) versucht etwas zu beschreiben, was sich als objektives Ganzes aber einfach nicht so abbilden lässt. So wie die Welt nicht in 10 Sätzen zu beschreiben ist, kann man die Totalkontrolle nicht mit 10 Regeln in den Griff bekommen.

Was ich bei der Debatte schwerstens vermisse ist eine wirklich differenzierte und un-aufgeregte Auseinandersetzung mit dem Thema. Ich vermisse im ersten Schritt viel zu viele Fragen und sehe noch viel zu viele überstürzte Antworten, die sich alle zugleich in eine Richtung zu bewegen scheinen: Früher war alles besser. Die Technik ist an allem Schuld. Entweder kann etwas nur gut oder nur böse sein. Das Internet ist entweder ganz ganz oder ganz kaputt.

Wir sollten meines Erachtens im ersten Schritt viel mehr Fragen stellen und uns vor allem auf uns selbst konzentrieren – uns als Menschen, als die Erfinder und aktiven Bediener der Maschine. Uns permanent dabei zu hinterfragen und nicht immer HINTER den Maschinen verstecken. Ich wünsche mir vor den Antworten also viel mehr Fragen wie diese:

Was bedeutet eigentlich Überwachung? Seit wann gibt es das? Ist das per se schlecht oder kann das auch hilfreich sein? Für was, also zu welchem Zweck wird eigentlich überwacht? Gibt es unterschiedliche Motivationen? Ist Überwachung an sich schlecht oder wird es erst in Kombination mit einer Bestrafung oder einer gewaltsamen Konsequenz problematisch? Ist die Tatsache, dass man mich beobachtet – ohne dass ich es merke – per se schlimm oder muss erst ein Sondereinsatzkommando meine Wohnung stürmen, weil ich unter den Verdacht gerate ein politischer Feind für eine bestimmte Herrschaftsriege zu sein? Macht es einen Unterschied ob ich weiß dass ich überwacht werde? Wenn ja, welchen genau? Was macht die Tatsache, dass wir überwacht werden mit uns als menschen? Wer profitiert davon dass wir wissen dass wir überwacht werden? Wer bedient eigentlich all diese Überwachungsinstrumente? Wer überwacht die Überwacher? Was sind das eigentlich für Menschen? Oder sind es wirklich nur Maschinen? Was wären die Maschinen ohne Menschen? In welchem Auftrag arbeiten die Überwacher? Wer profitiert eigentlich ökonomisch und psycho-soziologisch von Überwachung? Und wer profitiert von der Berichterstattung über Überwachung?

Vor dem Schutz vor Überwachung? Der Vermeidung von Überwachung? Schützt uns der totale Technikverzicht eigentlich vor Überwachung? Gibt es überhaupt einen Schutz? Ist Selbstopтимierung, also Selbstüberwachung, per se etwas schlechtes? Warum? Kommt es nicht eher auf den Zweck der Optimierung an? Wer hat eigentlich das Ideal eines kapitalistischen Leistungsträgers in die Köpfe der Menschen gesetzt, auf den wir uns angeblich alle hinoptimieren sollen? Warum tun es trotzdem nicht alle Menschen, obwohl wir doch so perfekt überwacht und kontrolliert werden? Was ist dieser kapitalistische Leistungsträger eigentlich? Wie hat sich der Begriff „Kapitalismus“ im Laufe der Jahrhunderte verändert? Seit wann gibt es den überhaupt? Wieviele unterschiedliche Vorstellungen davon geistern eigentlich durch unsere Köpfe? Ja und überhaupt, wie sehen das andere Kulturen? Ist die amerikanische Sichtweise auf das Thema eine ganz andere als die europäische oder die deutsche oder die indische oder die chinesische? Und welche Rolle spielen dabei die Medien und ihre Vertreter? Wollen die Medien rein ökonomisch unabhängige Aufklärung – frei von Eigeninteressen und der Verpflichtung zur objektiven Wahrheit? Warum nutzen die Medien selbst die Überwachungstools und Datenauswertungen? Wieso fordert man Datenschutz ein und ist im gleichen Atemzug bereit ihn zu mißachten? Was ist eigentlich Datenschutz? Warum müssen wir unsere Daten schützen? Vor wem? Womit beutet uns Facebook, Google und Co eigentlich aus? Was nehmen sie uns weg? Womit verletzen sie uns? Was bedeutet eigentlich „Ausbeutung“? Wann ist man eigentlich ausgebeutet? Wer definiert das?

Man kann erahnen, dieser Fragekatalog ließe sich beliebig lang fortsetzen. Worauf ich am Ende hinaus will: Das Thema ist viel zu komplex, viel zu nicht-trivial, viel zu wichtig, als das wir mit 10 einfachen Regeln und jeder Menge Schauergeschichten auch nur ein bißchen weiterkommen. Wir sollten in erster Linie nahe am Mensch bleiben. An seinen Bedürfnissen. An seiner Motivation. An seiner unterschiedlichen Lebenswelten. An seiner extremen Ambivalenz. An seinen Stärken und Schwächen. An seinen unterschiedlichen Wirklichkeitskonstruktionen. An seiner Ethik. Ja genau, eine ethische Diskussion würde ich mir wünschen und keine technologisch-algorithmisch getriebene – auch wenn das viel einfacher ist und sich viel besser verkauft auf den Titeln der durchökonomisierten Printprodukte. Aber das würde ja

auch bedeuten, dass die Journalisten und ihre Zunft sich selbstkritisch hinterfragen müsste. Unangenehm. Oder?

Dieser Text wurde mit Erlaubnis des Autors veröffentlicht



Foto: abgedruckt mit Erlaubnis des Autors, Patrick Breitenbach

Die Arbeitsgruppe „Digitale Privatheit und Öffentlichkeit“ des Internet und Gesellschaft Collaboratory hat sich mit den Phänomenen des Strukturwandels der Öffentlichkeit auseinandergesetzt und an einer Kategorisierung des Begriffs Öffentlichkeit gearbeitet. Dabei haben sie fünf unterschiedliche, sich gegenseitig beeinflussende Domänen definiert.

／ WANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT – PHÄNOMENE DES DIGITALEN WANDELS

Was ist Öffentlichkeit und wie verändert sie sich durch die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche? Und welchen Phänomenen lässt sich dieser Strukturwandel ablesen?

DOMÄNEN DER ÖFFENTLICHKEIT

Öffentlichkeit gab es schon immer in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen aber es scheint ein Kennzeichen des digitalen Wandels zu sein, dass sich diese Formen nicht nur vervielfältigen, sondern auch immer komplexere Interaktionen zwischen ihnen stattfinden. Es ist zum Beispiel keineswegs so, dass „privately-owned public spaces“, also öffentliche oder quasi-öffentliche Orte wie beispielsweise der Zucotti Park in New York, das Einkaufszentrum um die Ecke oder eben Facebook, ein neues oder generell nur digitales Phänomen wären. Aber alles wird ein wenig komplizierter, wo digitale Räume quer zu physischen und rechtlichen Räumen liegen. Wir konzentrieren uns hier darauf, Phänomene systematisch zusammenzutragen und unterscheiden dazu zunächst die verschiedenen Domänen bzw. Schichten von Öffentlichkeit.

Dafür differenzieren wir zwischen den fünf Domänen der räumlichen, gesellschaftlichen, publizistischen, politischen und institutionellen Öffentlichkeit. Diese Domänen beziehen sich auf unterschiedliche Aspekte von Öffentlichkeit und können sich durchaus überschneiden. In diesem Sinne sind politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit natürlich nicht unabhängig voneinander.

In gewisser Weise entlehnt unser Versuch der Unterscheidung unterschiedlicher Do-

mänen der Idee von Helen Nissenbaum, dass Privatheit kontextabhängig verstanden und gewährleistet werden muss. Unterschiedliche Domänen folgen unterschiedlichen Rationalitäten, haben unterschiedliche Begrenzungen und bieten unterschiedliche Chancen.

PHÄNOMENE DES WANDELS DER ÖFFENTLICHKEIT

Viele Konflikte und Probleme im sich verändernden Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit resultieren daraus, dass was angemessen, erfolgreich und akzeptiert in einer Domäne sein mag, in einer anderen möglicherweise schädlich, unverständlich oder beleidigend sein kann. Während die Idee der Domänen hilft, wichtige Unterscheidungen sichtbar zu machen, sind es die Phänomene, also jene konkreten Probleme bei denen sich die Frage nach der Öffentlichkeit stellt, die den politischen Diskurs bestimmen. Zu den einzelnen Domänen haben wir im folgenden einige wesentliche, beobachtbare Phänomene zusammengetragen, die sicher nicht immer und überall, aber eben doch immer wieder auftreten.

PHÄNOMENE DER RÄUMLICHEN ÖFFENTLICHKEIT

Im oben genannte Beispiel eines Marktplatzes als Sinnbild der räumlichen Öffentlichkeit, wird bereits ein entscheidender Wandel deutlich. Die Lösung von physischen Einschränkungen hat zur Folge, dass der öffentliche Raum sich für viele Menschen stark ausge-

weit hat und sich Teilöffentlichkeiten um Themen entwickeln konnten, die sich in der räumlich beschränkten Öffentlichkeit wohl nicht gefunden hätten. Es ist fraglich, ob man außerhalb des Internets ohne weiteres viele Menschen finden kann, die sich voller Hingabe mit dem Austausch lustiger Katzenbilder beschäftigen. Außerdem helfen diese Technologien dabei, dass sich Menschen über ähnliche Erfahrungen austauschen können, obwohl sie sich sonst wahrscheinlich nie über den Weg laufen würden. Anfang 2013 wurde mit #Aufschrei deutlich, wie dieser Austausch online beginnen und dann in andere Formen der Öffentlichkeit übertragen werden konnte. Dies ist ein Beispiel wie sich Anonymität und Pseudonymität positiv auf öffentliche Diskussionen auswirken und diese bereichern können.

Diesen Vorteilen stehen allerdings auch einige Bereiche gegenüber, über die noch nicht, oder zumindest nicht ausreichend diskutiert wird. Beispielsweise sind die Infrastrukturen für räumliche Öffentlichkeit zunehmend im Besitz von privaten Unternehmen, die ihr jeweiliges Hausrecht durchsetzen und somit einzelne Menschen von der Teilnahme am öffentlichen Leben auch die Verwendung von Pseudonymen, beziehungsweise die Möglichkeit anonym an öffentlichen Diskursen teilzunehmen, hat nicht nur Vorteile. Ein Blick in die Kommentarspalten vieler Blogs genügt, um anschaulich zu machen, wie das gezielte Stören der öffentlichen Auseinandersetzung mit einem umstrittenen Thema dazu führen kann, dass die Diskussion abbricht.

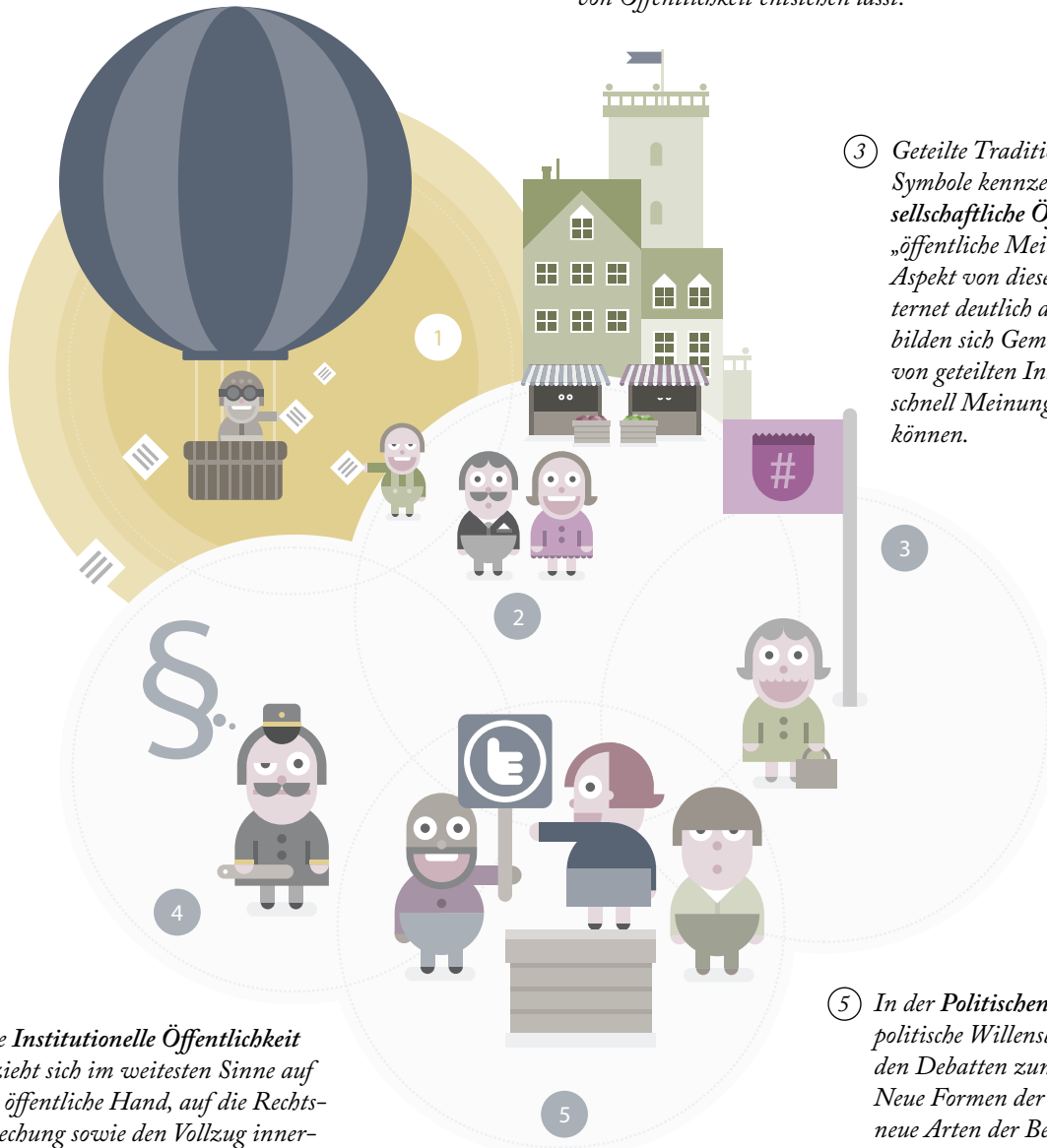
① Die **Publizistische Öffentlichkeit** dient zur Bereitstellung von Informationen für eine größere Anzahl von Personen. Ein Wandel lässt sich hier beispielsweise an mehr dialogischer und weniger monologischer Kommunikation oder einer veränderten Torwächterfunktion traditioneller Medien erkennen.

② Die **Räumliche Öffentlichkeit** ist ein frei zugänglicher Raum, in dem sich Menschen begegnen können. Passend war immer das Bild des Marktplatzes, doch das greift mittlerweile zu kurz. Begegnungen können heute auch in virtuellen Räumen stattfinden, die von physischen Zwängen unabhängig sind und eine neue Art von Öffentlichkeit entstehen lässt.

③ **Geteilte Traditionen, Rituale und Symbole** kennzeichnen eine **Gesellschaftliche Öffentlichkeit**. Die „öffentliche Meinung“ ist ein zentraler Aspekt von dieser, der durch das Internet deutlich agiler geworden ist. So bilden sich Gemeinschaften anhand von geteilten Interessen, die sehr schnell Meinungsführerschaft erlangen können.

④ Die **Institutionelle Öffentlichkeit** bezieht sich im weitesten Sinne auf die öffentliche Hand, auf die Rechtsprechung sowie den Vollzug innerhalb eines Staates. Digitalisierung kann das Handeln der öffentlichen Verwaltung für Bürger transparenter machen und mehr Teilhabe ermöglichen.

⑤ In der **Politischen Öffentlichkeit** findet politische Willensbildung statt. Heute finden Debatten zunehmend entgrenzt statt: Neue Formen der Protestorganisation und neue Arten der Beteiligung durch offene Daten und webbasierte Plattformen sind möglich.



PHÄNOMENE DER GESELLSCHAFTLICHEN ÖFFENTLICHKEIT

Auch in der Domäne der gesellschaftlichen Öffentlichkeit lassen sich einige, wenn auch nicht so offensichtliche, Phänomene eines Wandels erkennen. Zunächst ist es durch das Internet deutlich einfacher geworden, zu einzelnen Themen öffentlich Stellung zu beziehen und somit direkt auf das, was einer Gesellschaft als „öffentliche Meinung“ unterstellt wird, Einfluss zu nehmen. Wie bereits bei der räumlichen Öffentlichkeit, findet hier also in erster Linie eine Erweiterung der Domäne statt, durch die verschiedene Phänomene hervorgerufen werden. Dazu gehört zum einen die Tatsache, dass die Nutzer sich darüber im Klaren sein müssen was es bedeutet sich öffentlich zu äußern. Als Alicia Ann Lynch im Oktober ein Foto von sich verkleidet als Opfer der Attentate des Boston Marathons auf Twitter postete war das von ihr wohl als, ausgesprochen geschmackloser, Scherz gemeint. Das Ausmaß an Entrüstung, Beleidigungen und sogar Morddrohungen hat sie dabei mit Sicherheit genauso wenig vorausgesehen, wie die Tatsache, dass sie daraufhin ihren Arbeitsplatz verliert. An diesem Beispiel wird deutlich wie schnell sich die öffentliche Meinung in sozialen Netzwerken gegen einzelne Personen richten und wie sich ein unbedachter Umgang mit diesen Technologien auswirken kann. Hier ist es wichtig, deutlich zu machen, dass sich dieses Beispiel auch ohne das Internet hätte abspielen können und es bei diesem Phänomen in erster Linie um die gestiegene Reichweite und Geschwindigkeit in der Domäne der gesellschaftlichen Öffentlichkeit geht.

Diese Erweiterung führte dazu, dass neue kulturelle Räume entstehen konnten. So kann neben der „deutschen Öffentlichkeit“ genau so gut von einer „Facebook-Öffentlichkeit“ oder „Netzgemeinde“ gesprochen werden. Wie sinnvoll es dabei ist, so viele Einzelne zu einer Gruppe zusammenzufassen und dann auch noch gemeinsame Standpunkte oder Interessen zu unterstellen, ist fraglich, aber durch das Internet konnten auf jeden Fall neue, nicht-territorial gebundene Identitäten mit gemeinsamen Ritualen, Traditionen und Symbolen entstehen. In sozialen Netzwerken im Internet wird sehr agil auf neue Themen reagiert und es bilden sich immer wieder adhoc Gemeinschaften anhand von geteilten Interessen, die sehr schnell Meinungsführerschaft erlangen können.

PHÄNOMENE DER PUBLIZISTISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Die Domäne der publizistischen Öffentlichkeit bezieht sich auf die Aspekte des Wandels durch die ein großer Personenkreis mit einem Mal erreicht werden soll. In diese Domäne fallen neben Tages- und Wochenzeitungen, Radiosendungen und Literatur natürlich auch Blogs, Podcasts und Online-Nachrichten, sowie deren Kommentarspalten. Zu den Phänomenen des Wandels in dieser Domäne gehört unter anderem die Möglichkeit, die Torwächterfunktion von Redaktionen zu umgehen und eigene Inhalte bei relativ geringen Produktionskosten einem sehr großen Publikum zugänglich zu machen. Auch diese Entwicklung ist weder per se gut noch schlecht. Natürlich steht zu befürchten, sollte es zu einem massenhaften Zeitungssterben kommen, dass eine wichtige Orientierungshilfe im Wust von Informationen verloren geht. Andererseits kann davon ausgegangen werden, dass sich diese Funktion einfach verschiebt und sich die Relevanz der einzelnen Informationen sogar steigert, wenn diese über die eigenen Kontakte in sozialen Netzwerken gefiltert werden. In diesem Zusammenhang ist das Konzept der Filter-Bubbles sehr interessant, in dem auf die automatische Vorauswahl von angezeigten Nachrichten aufgrund von Faktoren wie vergangene Suchanfragen, dem Standort der suchenden Person oder der Verweildauer in Artikeln zu gewissen Themenbereichen eingegangen wird. Das sorgt einerseits dafür, dass die Relevanz der angezeigten Nachrichten steigt, aber birgt auf der anderen Seite die Gefahr, dass sich das Spektrum der wahrgenommenen Meldungen stark einengt und somit die Domäne der publizistischen Öffentlichkeit geschwächt wird.

Ein weiteres Phänomen bezieht sich auf die technischen Aspekte der publizistischen Öffentlichkeit. Neben der bereits erwähnten gesunkenen Produktionskosten für beispielsweise Radiosendungen oder einen Sammelband, haben die technologischen Entwicklungen der letzten Jahre auch ganz neue Formen der Berichterstattung möglich gemacht. Jede einzelne Person kann in Echtzeit Nachrichten produzieren und öffentlich zugänglich machen. Außerdem können durch Datenjournalismus immer größere Mengen an Informationen miteinander in verknüpft und trotzdem verständlich aufbereitet werden.

PHÄNOMENE DER POLITISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Auch die Domäne der Öffentlichkeit als Raum zur politischen Willensbildung ist einem starken Wandel unterworfen. Das meint nicht nur, dass netzpolitische Themen, beispielsweise als Reaktion auf die massenhafte Ausspähung von Internetnutzern durch NSA und GCHQ, immer häufiger auch außerhalb von Expertenrunden diskutiert werden. Auch hier hat ein Strukturwandel stattgefunden, der von einem langsamen Abbau des Machtgefälles zwischen den Gesetzgebern und der Gesellschaft begleitet wurde. Eins der Phänomene in diesem Zusammenhang ist die Möglichkeit politischen Protest ganz neu zu organisieren und über soziale Medien zu organisieren. Auch hier ist Entgrenzung durch das Internet ein wichtiger Bereich des Wandels. Da uns Nachrichten aus aller Welt immer schneller erreichen können und große Teile der vormals monologischen Kommunikation die Möglichkeit zur Beteiligung am Diskurs bieten, ist es logisch, dass auch politische Themen Länder übergreifend behandelt werden. Aktionen wie die Wiederherstellung des Internetzugangs in Ägypten und Syrien während des arabischen Frühlings durch die Gruppe [<http://cre.fm/cre188-telecomix> Telecomix] zeigt, dass es hier um weit mehr gehen kann als bloße Sympathiebekundungen über soziale Netzwerke. An diesem Beispiel wird auch deutlich, wie wichtig die Rolle der Anonymität bei politischen Protesten über das Internet sein kann.

Aber auch für den politischen Diskurs in demokratischen Systemen haben soziale Plattformen im Internet an vielen Stellen zu einer Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe an politischen Prozessen beigetragen. Über Plattformen wie Abgeordnetenwatch (www.abgeordnetenwatch.de) ist es deutlich leichter geworden mit Abgeordneten oder deren Angestellten Kontakt aufzunehmen und auf Missstände aufmerksam zu machen. Durch Online-Petitionen können außerdem sehr schnell und mit relativ geringem Organisationsaufwand Menschen zur öffentlichen Stellungnahme gebracht werden um so Gesetzgebungsverfahren zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang wird es natürlich zum Problem wenn sich Menschen mehrfach mit verschiedenen Pseudonymen an einer Petition beteiligen und dadurch dessen Ausgang manipulieren. Aller-



Foto: Neil Cummings | <https://flic.kr/p/mHXkXT> | CC-BY-SA 2.0 | <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

dings werden Petition nicht erst seit der Entwicklung des Internets doppelt unterschrieben und dieser Tatsache wird, zumindest bei Petitionsplattformen der öffentlichen Hand, Rechnung getragen. Z.B. durch relativ hohe Hürden in Form einer bestimmten Anzahl von Mindestunterzeichnern.

PHÄNOMENE DER INSTITUTIONELLEN ÖFFENTLICHKEIT

Die institutionelle Öffentlichkeit unterscheidet sich von den anderen Domänen dadurch, dass hier deutlicher zwischen der Domäne der Öffentlichkeit und der Gesellschaft getrennt werden kann. Insbesondere in den Bereichen Informationsfreiheit und Bürokratieabbau wurden durch Online-Technologien viele Vereinfachungen möglich. Beispielsweise hat die Senatsverwaltung Berlin zwischen November und Dezember 2013 eine Online-Plattform (<https://radsicherheit.berlin.de>) angeboten mit der Verkehrsteilnehmer Gefahrenstellen für Radfahrer melden, diskutieren und bewerten können um bei besonders kritischen Kreuzungs- und Einmündungsbereichen Abhilfe zu schaffen. Ein ähnliches Beispiel ist der Bürgerservice Maerker, über den in einigen Gemeinden und Bezirken in Brandenburg und Berlin

Straßenschäden oder wilde Mülldeponien gemeldet werden können. Beim Besuch beider Plattformen wird deutlich, dass hier die neuen Möglichkeiten erst langsam genutzt werden und es wohl noch etwas Zeit brauchen wird, bis die Kommunikation zwischen den Bürgern und der Verwaltung flächendeckend digital ablaufen kann.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die wiederholten Forderungen nach einem gläsernen Staat, also der konsequenten Durchsetzung der Informationsfreiheit bei der öffentlichen Verwaltung, hinzuweisen. Die Vielzahl an Ausnahmeregelungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Auskünfte über behördliches Handeln nach dem Informationsfreiheitsgesetz machen deutlich, dass hier der Wandel in dem Selbstverständnis von Behörden noch in den Kinderschuhen steckt. Plattformen wie FragDenStaat.de helfen allerdings den Bürgern dabei ihre Anfragen an der richtigen Stelle einzureichen und unterstützen dadurch diesen Wandel.

GIBT ES „DIGITALE ÖFFENTLICHKEIT“

In den oben genannten Beispielen wurde immer wieder deutlich, dass viele der einzelnen

Phänomene des Wandels der Öffentlichkeit auch ohne das Internet auftreten können. Hier stellt sich nun die Frage, ob durch die gestiegene Reichweite für einzelne Personen tatsächlich eine neue Form der Öffentlichkeit entstanden ist. In den meisten Domänen spielte die Lösung der Öffentlichkeit vom physischen Räumen eine wichtige Rolle. Insbesondere gilt dies für die Domäne der publizistischen und politischen Öffentlichkeit. In Verbindung mit der Reichweite und dem Tempo, in dem ein sehr großer Personenkreis zu geringen Kosten erreicht werden kann, zeichnen sich neue Strukturen ab, die man als digitale Öffentlichkeit bezeichnen kann.


Außerdem werden durch neue Technologien immer mehr Prozesse transparent, die vorher nicht öffentlich einsehbar waren. Diese Öffnung lässt sich am besten im Kontext von öffentlichen Verwaltungen, aber auch im Kontext von Softwareentwicklung oder dem kollaborativen Erarbeiten von Wissen beobachten und hat weitreichende Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Diese Phänomene einer digitalen Öffentlichkeit machen deutlich, dass sich hier etwas entwickelt, das weit mehr ist als das, was nicht privat ist. Und genau wie die Privatsphäre ist es wichtig, diese Öffentlichkeit zu schützen und zu versuchen, Lösungen für die neu entstandenen Probleme zu erarbeiten.

„Computers, Privacy and Data Protection“ ist eine internationale Konferenz in Brüssel zu Datenschutz. Gordon Süß betreut die Arbeitsgruppe „Digitale Privatheit und Öffentlichkeit“ des Collaboratory und war vor Ort.

／ DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG AUF DER CPDP 2014

7th INTERNATIONAL CONFERENCE
22 23 24 JANUARY 2014 • BRUSSELS BELGIUM
COMPUTERS, PRIVACY
& DATA PROTECTION
**REFORMING
DATA PROTECTION:
THE GLOBAL
PERSPECTIVE**



WWW.CPDPCONFERENCES.ORG

Auf der CPDP 2014¹ haben sich Ende Januar 2014 Datenschutz-Experten aus aller Welt über die Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union ausgetauscht. Dabei wurde insbesondere in zwei Sessions auf diesen Reformprozess eingegangen.

In der Session „EU Data Protection Reform: Fixing the last Bugs“ diskutierten unter anderem Peter Schaar (Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz) und Mario Oetheimer (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte) über die letzten Schwierigkeiten und offenen Fragen bezüglich des Gesetzentwurfes, der im Dezember letzten Jahres im verantwortlichen Ausschuss des europäischen Parlaments angenommen wurde.

Zu diesen Bugs gehörte unter anderem die Tatsache, dass die Juristen in vielen Mitgliedsstaaten noch nicht gut über die Neuerungen durch diese Reform informiert sind. Außerdem wurde deutlich, dass die Umsetzung des One-Stop-Shop-Prinzips noch nicht abgeschlossen ist. Durch dieses Prinzip wäre eine

zentrale Aufsichtsautorität verantwortlich, selbst wenn eine Datenverarbeitung in mehreren Mitgliedsstaaten stattfinden sollte. Fazit der Diskussion war, dass nach fast genau zwei Jahren der intensiven Auseinandersetzung mit diesem Gesetzentwurf eigentlich noch nicht von „last Bugs“ gesprochen werden kann.

Bei „EU Data Reform: State of Play“, der zweiten Session explizit zu dieser Reform, sich unter anderem Paul Nimitz (Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission) und Anna Fiedler (Privacy International) über den derzeitigen Stand der Reform ausgetauscht. Besonders interessant war hierbei, dass der polnische Datenschutzbeauftragte Wojciech Wiewiórowski sehr deutlich machte, dass das Europäische Parlament seiner Meinung nach nicht vor der Neuwahl im Mai dieses Jahres endgültig über den Entwurf abstimmen wird und somit der gesamte Prozess auf längere Zeit aufgeschoben werden könnte. Paul Nimitz entgegnete in diesem Zusammenhang, dass es dieser Gesetzentwurf durchaus zeitnah umgesetzt werden kann sofern der politische Wille dafür vorhanden ist.

¹ http://www.cpdpconferences.org/Resources/CPDP2014_Programme.pdf

SAVE THE DATE - 2014

Kommende Termine um Internet und Gesellschaft die man nicht verpassen sollte.

re:publica am 6.-8. Mai 2014

Die re:publica ist eine Konferenz für die digitale Gesellschaft in Deutschland. Im Mai besprechen Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft Netzthemen für tausende Besucher.

EuroDIG am 12.-13. Juni 2014

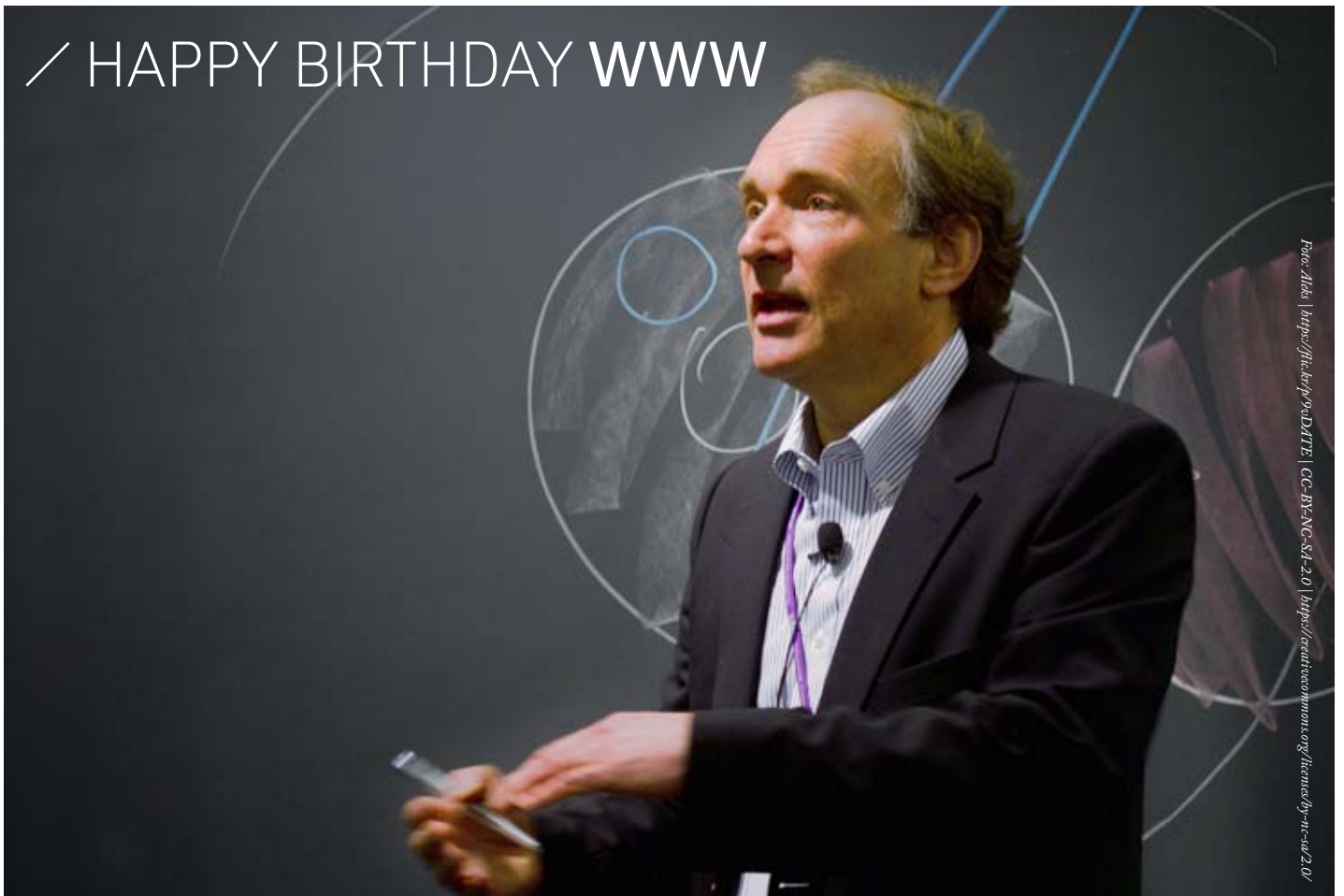
EuroDIG ist der europäische Dialog zu Internet Governance. Als eine offene Plattform bietet er Raum für inklusive Diskussionen zwischen Stakeholdern aus ganz Europa. Die Veranstaltung findet dieses Jahr erstmalig in Berlin statt.

6. Internet Governance Forum Deutschland (IGF-D) am 11. Juni 2014

Das Internet Governance Forum trifft sich im Vorfeld des EuroDIG und leistet den deutschen Beitrag zum globalen UN Internet Governance Forum. Aus dem Multistakeholder-Dialog im IGF-D werden Debatten, Argumente, Perspektiven und Empfehlungen von Rapporturen zusammengefasst.

Aktuelle Veranstaltungstipps finden Sie unter: collaboratory.de/w/Termine

Tobias Schwarz – Projektleiter bei netzpiloten.de und Digital Public Affairs Fellow des Collaboratory – schaut auf 25 Jahre World Wide Web



„Vage, aber spannend“ waren angeblich die ersten Worte, die Tim Berners-Lee von seinem Vorgesetzten hörte, als er ihm die Idee eines Informationsmanagement-System vorschlug, mit dem Forscher aus der ganzen Welt Daten austauschen könnten. Ein Vierteljahrhundert später wissen wir, dass aus dieser skizzenhaften Beschreibung das World Wide Web entstanden ist, das unsere Welt vollkommen verändert hat. Höchstens vergleichbar mit der Dampfmaschine und doch gravierender in seiner Auswirkung, hat das Internet unsere Welt verändert. Neue Technologien und ganze Wirtschaftszweige sind inzwischen entstanden, die die globale Vernetzung genauso nutzen wie die Zivilgesellschaft, die sich in Sekunden über Kontinente hinweg über Politik, Kultur und allen anderen Interessen austauscht. Die ersten 25 Jahre sind wahrscheinlich die steilste Ent-

wicklung einer Technologie, die die Menschheit je gesehen hat. Doch nach 25 Jahren lohnt sich nicht nur der Blick zurück, denn die Zukunft wartet darauf gestaltet zu werden.

Die Frage ist, ob wir als Gesellschaft unsere Möglichkeiten weiterhin so gut nutzen, dass die nächsten 25 Jahre noch unglaublicher werden und die rasante Entwicklung weiter geht oder ob wir das Ruder aus der Hand geben und aufgrund politischer und wirtschaftlicher Interessen von Wenigen eine Reglementierung zu lassen, die uns unserer Innovation beraubt. Mit dem drohenden Ende der Netzneutralität, ein für die Entwicklung des Internets wesentlichem Prinzip, werden wir gerade Zeuge solcher Tendenzen. Nutzen wir die Möglichkeiten des Internets, um in einem globalen Dialog das Digitale frei und offen zu

lassen, damit die beeindruckende Reise des als Netzwerk für Forscher gedachten World Wide Web weiterhin unsere Phantasien beflügelt und unsere Gesellschaft zu immer neuen Meilensteinen der Entwicklung treibt.

Dieser Text wurde unter CC-BY Lizenz veröffentlicht

／ DER DIGITALE WANDEL

ist ein Pilotprojekt des



Der Internet und Gesellschaft Collaboratory e.V. ist das Labor für die Netzgesellschaft

- Braucht das Internet eine Regierung?
- Wie verändern sich Privatsphäre und Öffentlichkeit in der Online-Welt?
- Kann das Urheberrecht in der digitalen Welt bestehen?
- Wie wandelt sich die Arbeit durch das Internet?
- Wie kann Medienkompetenz gefördert werden?
- Wie übertragen wir unser kulturelles Erbe in die digitale Zeit?

Das möchte das Collaboratory herausfinden.

→ Dabei wegweisend: Der Multistakeholder Ansatz

Über 350 Expertinnen und Experten aus allen gesellschaftlichen Bereichen sind im CoLab aktiv. Sie beleuchten aktuelle Herausforderungen der Digitalisierung und entwerfen Lösungsansätze – praxisnah und multiperspektivisch. So kann der Diskurs um Internet und Gesellschaft auf einem hohen Niveau diskutiert werden – längst bevor die Themen im Mainstream angekommen sind.

Als Community of Practice, ist das Collaboratory in seiner Form, seinen Prozessen und seinen Ergebnissen für Einflüsse aus verschiedenen Richtungen offen und entwickelt sich fortlaufend weiter. Der Transformationsprozess der Gesellschaft und Themen wie Internet Governance, Innovation, Medienkompetenz, Urheberrecht und Datenschutz bilden den Mittelpunkt der Arbeit von thematischen Initiativen, langfristigen Arbeitsgruppen und praktischen Projekten.

Beteiligung ist bei uns nicht nur ein Schlagwort: Alle Ideen werden am Puls der Community unabhängig diskutiert und abschließend offen und transparent zugänglich gemacht.

Das CoLab repräsentiert – jung, aber trotzdem erfahren – die Netzgesellschaft, das deren Logik verstanden hat; seine Impulse dazu möchte es an die Gesellschaft zurückgeben.

／ CALL TO ACTION – CALL FOR PAPERS

Seien Sie Teil des Digitalen Wandels!

Wir bieten Standpunkten ein Forum – auch in diesem Magazin.

Beteiligen und positionieren Sie sich zum Digitalen Wandel. Was ist das zentrale Thema des vergangenen Quartals? Welche spannenden Entwicklungen zu Internet und Gesellschaft gibt es? Wie sieht Ihre Analyse aus? Welchen Positionen möchten Sie widersprechen?

Wir suchen die wichtigsten Texte zum Thema aus dem 2. Quartal 2014. Unsere Redaktion freut sich auch über bahnbrechende neue und unveröffentlichte Texte.

Sprechen Sie uns direkt an: digitalerwandel@collaboratory.de

Der Digitale Wandel ist ein Pilotprojekt

Wir möchten mit Ihnen zusammen dieses Konzept noch feiner abstimmen und verbessern, sowie ein Modell finden, es als neue Publikation im Diskurs zu etablieren. Dafür suchen wir Partner! Wenn Sie Interesse daran haben, den Digitalen Wandel zu unterstützen, wenn Sie sich das Magazin als Beilage für Ihre eigenen Publikationen vorstellen können oder wenn Sie gerne inserieren würden, kontaktieren Sie uns!

IMPRESSUM

Der Digitale Wandel – Magazin für Internet und Gesellschaft

Erstausgabe, Q1 2014

Editorial Board

Julia Kloiber (Project Lead, Open Knowledge Foundation Deutschland)

Paul Feblinger (Manager des Internet & Jurisdiction Project)

Hauke Gierow (Internet-Referent bei Reporter ohne Grenzen, Politikwissenschaftler und Sinologe)

John Weitzmann (Rechtsanwalt bei iRights.Law)

Sebastian Haselbeck (Geschäftsführer Collaboratory e.V.)

Redaktion

Janina Gera

Layout und Gestaltung

Jan Illmann

Druck

Medienproduktion Schlesener, Teltow

Eine Publikation des Internet und Gesellschaft Collaboratory

Kontakt

digitalerwandel@collaboratory.de – Redaktion

kontakt@collaboratory.de – Collaboratory Geschäftsstelle

Ansprechpartner Collaboratory e.V. Lenkungskreis

Dr. Michael Littger – Martin G. Löbe – Lena-Sophie Müller – Dr. Philipp S. Müller –

Dr. Marianne Wulff

Informationen zum Collaboratory, den Themen, Personen, Projekten, der Finanzierung des Vereins und den Möglichkeiten zur Unterstützung oder Beteiligung unter www.collaboratory.de

Lizenzhinweis: Alle Texte dieser Ausgaber werden unter ihren jeweiligen, auf den Seiten angegebenen Creative Commons Lizenzen veröffentlicht oder mit Erlaubnis der Autorinnen oder Autoren wiederveröffentlicht.

*Fotocredit Coverfoto: US Mission Geneva | <https://flic.kr/p/ewweys> | CC-BY-ND-2.0
<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0/>*

Der Digitale Wandel – Magazin für Internet und Gesellschaft

Diese neue vierteljährliche Publikation bringt ausgewählte wissenswerte und relevante Beiträge zu Themen, welche die digitalisierte Gesellschaft betreffen, zusammen und schafft Überblick. Diese Ausgabe ist die Pilotausgabe des Internet und Gesellschaft Collaboratory. Die Herausgeber freuen sich auf Reaktionen und wünschen eine spannende Lektüre.

Das Collaboratory ist das Labor für die Netzgesellschaft

Als unabhängige Plattform in Deutschland beschäftigt sich das Internet und Gesellschaft Collaboratory mit Fragestellungen des digitalen Wandels. Es bietet Akteuren aus allen gesellschaftlichen Bereichen die Möglichkeit, Chancen und Risiken dieses Wandels zu erkennen, Debatten zu führen und Lösungsansätze zu produzieren.

Wegweisend ist dabei der Multistakeholder-Ansatz, der Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammenbringt.

Das CoLab ist deshalb ein Forum für Expertenmeinungen, die in Publikationen, Veranstaltungen, Konferenzen, Streitschriften und Online-Tools ihren Ausdruck finden können.

Auch Der Digitale Wandel ist ein solches Forum und bietet Platz für Ihre Beschäftigung mit Themen, die Internet, Digitalisierung oder Netzpolitik hervorbringen.

Wirken Sie mit und melden Sie sich mit Ihren Artikelvorschlägen bei digitalerwandel@collaboratory.de.

DigitalerWandel.collaboratory.de